

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode: 1983/84

04.06.1985 - Sitzung Nr.33

33. Sitzung

am Dienstag, dem 4. Juni 1985

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1921	Abg. Mützelburg (GRÜNE)	1941
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1921	Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	1942
Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung	1921	Abg. Mützelburg (GRÜNE)	1943
		Abstimmung	1943
Fragestunde			
1. Abteilung Sozialwesen der Hochschule Bremen und Studiengang Sozialpädagogik an der Universität Bremen			
Anfrage des Abgeordneten Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN vom 24. Mai 1985	1921		
2. Bauförderungspraxis bei Kunden der Neuen Heimat in Bremerhaven			
Anfrage des Abgeordneten Wierk und Fraktion der GRÜNEN vom 28. Mai 1985	1922		
3. Schicksal der Windenergieversuchsanlage Monopteros in Bremerhaven			
Anfrage des Abgeordneten Wierk und Fraktion der GRÜNEN vom 28. Mai 1985	1926		
Aktuelle Stunde			
40. Jahrestag der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschen Reichs			
Antrag (Entschließung) der Fraktion der GRÜNEN vom 7. Mai 1985 (Drucksache 11/379)			
Abg. Mützelburg (GRÜNE)	1927		
Abg. Wedemeier (SPD)	1931		
Abg. Neumann (CDU)	1933		
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten	1938		
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke	1941		
Pflege ostdeutschen Kulturgutes			
Antrag der Fraktion der CDU vom 25. April 1985 (Drucksache 11/375)			
Abg. Frau Bohling (CDU)	1943		
Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke	1946		
Abg. Fluß (SPD)	1947		
Abstimmung	1948		
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29 vom 13. Mai 1985			
(Drucksache 11/382)			1948
Polizeiverordnung zur Aufhebung der Polizeiverordnung über die Signale zur Anforderung eines Hafenslotsen auf der Reede von Bremerhaven vom 10. Dezember 1984 (Brem. GBl. 85 S. 13)			
Mitteilung des Senats vom 14. Mai 1985 (Drucksache 11/384)			1949
Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 31. Dezember 1984			
Mitteilung des Senats vom 14. Mai 1985 (Drucksache 11/385)			1949
Bericht des Vorstands nach § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz vom 17. Mai 1985			
(Drucksache 11/387)			1949

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Oeing, Polley, Wilhelmi.

Präsident Dr. Klink

Vizepräsident Frau Knorr

Schriftführer Urban

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats
und Senator für kirchliche Angelegenheiten

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

Senator für Inneres **Kröning** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Lenz** (SPD)

Senator für Umweltschutz **Frau Lemke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Weiss** (Senatskanzlei)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Dr. Kahrs** (Senator für Inneres)

Senatsdirektor **Dr. Lüthge** (Senator für Umweltschutz)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die 33. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich. Folgende Gruppen sind anwesend: eine Klasse des Schulzentrums an der Helsinkistraße, eine Klasse des Gymnasiums Lilienthal, eine Klasse des Schulzentrums an der Butjadinger Straße, eine Klasse der Schule Hemelinger Straße und eine Gruppe von Mitarbeitern aus dem Martinshof.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Rechnung des Rechnungshofes über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 1984
Bericht des Präsidenten des Rechnungshofes vom 29. Mai 1985
(Drucksache 11/394)

Die Angelegenheit wird den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses nach Drucklegung zur Prüfung und Berichterstattung übersandt.

2. Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 31. März 1985
Mitteilung des Senats vom 3. Juni 1985
(Drucksache 11/396)

Die Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Juli-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Lehrerarbeitslosigkeit im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 13. Mai 1985
2. Verwendung der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 29. Mai 1985
3. Betriebsärztliche Versorgung im Lande Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der GRÜNEN vom 30. Mai 1985

III. Eingaben gemäß § 70 der Geschäftsordnung

1. Schreiben von Herrn Paul-Heinz Schubert zu einem Unterbringungs- und Pflugschaftsfall.
2. Schreiben von Frau Bärbel Krullmann zu Verunreinigungen durch Hunde.

Die Angelegenheiten können bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

(C) Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung von Punkt drei — Hafentwicklungsplan — bis zur September-Sitzung, zur dringlichen Behandlung des Antrages der Fraktion der SPD, Drucksache 11/395, zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung sowie zur Verbindung der Tagesordnungspunkte elf und zwölf — Umweltpolitik —. Ferner wurde Einverständnis darüber erzielt, Punkt sechs — Dauerarbeitslosigkeit — zu Beginn der morgigen Sitzung zur Verhandlung zu stellen.

Sind Sie mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Walter Pachernik zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche aller Abgeordneten aussprechen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich darauf hinweisen, daß, wer es möchte, Kleiderablage machen kann in geziemender Form.

(Heiterkeit)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

(D) Im Rahmen der Fragestunde sind drei Anfragen frist- und formgerecht eingereicht worden.

Die erste Anfrage beschäftigt sich mit der **Abteilung Sozialwesen der Hochschule Bremen und dem Studiengang Sozialpädagogik an der Universität Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von dem Abgeordneten Mützelburg und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Mützelburg, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Wir fragen den Senat:

Beabsichtigt der Senat, den Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Bremen und/oder den Studiengang Sozialpädagogik an der Universität Bremen zu schließen, kapazitätsmäßig drastisch zu reduzieren oder so neu zu organisieren, daß die grundständigen Studienangebote eingestellt werden?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung der Anfrage erhält das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat prüft zur Zeit die Frage der kapazitativen Ausstattung in den beiden oben genannten

(A) Zweitens: Trifft es zu, daß bei der Wohnungsbauförderung in Leherheide-Ost aufgrund geschätzter Kosten Förderungsbeträge bewilligt wurden, nicht aber nach Abrechnung von Einzelobjekten?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, den Hausbesitzern in Bremerhaven Leherheide-Ost aus ihren existentiellen Schwierigkeiten zu helfen, in die sie durch die Verkaufspraktiken der Neuen Heimat in Verbindung mit der unterlassenen Einzelprüfung durch die Behörde geraten sind?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung der Anfrage erhält das Wort Herr Senator Meyer.

Senator für das Bauwesen Meyer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Nach ausdrücklicher Bestätigung des zuständigen Bremerhavener Baudezernenten gab und gibt es in Bremerhaven keine Prüfungsanweisung, wie sie in der Frage unterstellt wird. Die Anträge gemeinnütziger Wohnungsunternehmen und ihrer Kunden werden in Bremerhaven und Bremen genauso überprüft wie die Anträge sonstiger Antragsteller.

Zu zwei: Da die Antragstellung auf Wohnungsbauförderung vor Baubeginn erfolgen soll, müssen im Regelfall zunächst vorläufige Baukosten zugrunde gelegt werden. Diese sind auf Angemessenheit zu überprüfen. Das ist nach Aussage des Magistrats der Stadt Bremerhaven auch im vorliegenden Fall geschehen. Im übrigen sind die Probleme nach Kenntnis des Senats in den vorliegenden Fällen nicht durch unzutreffende Baukosten, sondern durch zu geringes Eigengeld verursacht worden.

Zu drei: Wie unter erstens ausgeführt, sind hier keine Einzelprüfungen unterlassen worden. Die Schwierigkeiten der Käufer sind vielmehr durch die Übernahme zu hoher Belastungen entstanden.

Der Senat als Landesregierung hat keine Befugnis, die betreffenden Einzelfälle selbst zu entscheiden. Die Wohnungsbauförderung wird von den zuständigen Ämtern der beiden Stadtgemeinden nach Maßgabe der Wohnungsbauförderungsbestimmungen in eigener Verantwortung vollzogen. Der Magistrat der Stadt Bremerhaven wird zu prüfen haben, ob die Erwerber im Zusammenwirken mit der Neuen Heimat nachträglich eine tragbare Belastung herstellen können, damit die Förderungsmittel bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen belassen werden können. — Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Abgeordneter Wierk!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Herr Senator Meyer, wie erklären Sie sich die folgende Meldung in der „Nordsee-Zeitung“ vom 29. März 1985, in der wörtlich ein Zitat des Bremerhavener Baudezernenten genannt wird? Ich darf das einmal zitieren: „Wir sind

davon ausgegangen, daß von solch einem großen gemeinnützigen Unternehmen korrekte Zahlen genannt werden.“ Gleichzeitig bestätigt er, daß die Finanzkraft der Häuserkunden vom Amt für Bauförderung nicht nachgeprüft worden ist. Diese Meldung ist seither von dem zuständigen Baudezernenten nicht dementiert worden.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Meyer!

Senator Meyer: Herr Abgeordneter, es ist ja so, daß die Ämter, in diesem Falle das Bauförderungsamt Bremerhaven, eine Finanzierungsübersicht bekommen, wie ein solches Eigenheim vom Antragsteller her finanziert wird. Das Bauförderungsamt wie auch das Amt für Wohnung und Städtebauförderung ist natürlich nicht in der Lage, Angaben, die in diesen Anträgen gemacht werden und nicht zutreffend sind, zu prüfen.

Offensichtlich hat in dem aktuellen Fall, der in Bremerhaven diskutiert wird, die Eigenkapitalausstattung des Antragstellers nicht gestimmt. Dies hat jetzt dazu geführt, daß die Staatsanwaltschaft Ermittlungen anstellt, und deswegen braucht man der von Ihnen zitierten Wertung des Herrn Baudezernenten überhaupt nichts Kritisches hinzuzufügen.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Wierk!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Sie brauchen sie auch nicht zu werten, Herr Senator? (D)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Meyer!

Senator Meyer: Ich habe sie nicht zu werten, weil sie so richtig ist. Wenn allerdings, um das noch einmal klarzustellen, der Antragsteller — egal, welches Unternehmen oder welcher Einzelantragsteller — dann nachweislich falsche Angaben in dem Antrag gemacht hat, dann ist das eine Frage, die gegenwärtig in der Tat von der Staatsanwaltschaft zu überprüfen ist, und zwar auf Betrugsverdacht.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Wierk!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Herr Senator, meines Wissens, und so ergibt sich das auch aus den Pressemitteilungen, hat die Neue Heimat dem Amt für Bauförderung wider besseres Wissen bestätigt, daß bei diesen betreffenden Mietern Eigengeld vorhanden sei, das Amt hat versäumt, die Finanzierung zu überprüfen, und ich möchte Sie jetzt fragen, weil damit zu rechnen ist, daß die Förderungsmittel gestoppt und zurückgezahlt werden müssen, zu wessen Lasten das nach Ihrem Rechtsempfinden gehen mußte.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Meyer!

Senator Meyer: Nach meinem Rechtsempfinden will ich Ihnen darauf eine klare Antwort geben. Das

(A) sozialpädagogischen Studiengängen. Ein abschließendes Ergebnis dieser Prüfung liegt noch nicht vor.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte sehr, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Franke, wann werden die Ergebnisse dieser Prüfung öffentlich diskutiert und behandelt werden?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Wir werden sicherlich im Laufe dieses Jahres zu abschließenden Einschätzungen kommen, die dann auch der interessierten, betroffenen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Franke, sehen Sie bei dieser öffentlichen Zugänglichkeitsmachung auch vor, daß die Angelegenheit in parlamentarischen Gremien beraten und eventuell auch entschieden wird?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

(B) **Senator Franke:** Was die Einrichtung, Reduzierung, Zulassung von Studentenzahlen in bestimmten Studiengängen anbelangt, ist dies natürlich auch immer eine Angelegenheit, die in der zuständigen Deputation für Wissenschaft und Kunst behandelt wird, und Positionsbestimmungen im Gefolge dieser Prüfung würden selbstverständlich der zuständigen Deputation vorgelegt werden. Das versteht sich von selbst.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Mützelburg!

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Senator Franke, können Sie heute schon ausschließen, daß diese Prüfung nicht mit dem Ergebnis enden wird, einen ganzen Fachbereich zu schließen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Wenn ich Ergebnisse ausschließen könnte, dann wäre die Prüfung insgesamt ein bißchen witzlos. Die Prüfung wird so gemacht, daß alles möglich ist.

Ich darf Ihnen vielleicht, Herr Abgeordneter Mützelburg, dazu sagen, daß die Universität Bremen und die Hochschule Bremen sich durchaus dadurch auszeichnen, geisteswissenschaftliche Kapazitäten von erheblichem Umfang zu haben. Wir haben dort zwei Problembereiche mit dieser starken geisteswissenschaftlichen Ausrichtung, und die Sozialpädagogen zähle ich dazu. Daß einmal die Studenten kaum noch Berufschancen haben, das wissen Sie.

Die Berufschancen von Sozialpädagogen sind mindestens so gering wie die von Lehrern, wahrscheinlich noch geringer. Zweitens ist die Ausbildung von Sozialpädagogen insgesamt kein, sagen wir einmal, Beitrag, der besonders förderlich für die Region ist. Es ist also durchaus wünschenswert, die Hochschulstruktur in Bremen in Ausbildungs- und Forschungsbereiche hinein zu strukturieren, die einerseits bessere Berufschancen für die Absolventen enthalten und andererseits auch Beiträge zur Strukturverbesserung der Region leisten. In diesem Zusammenhang wird zum Beispiel auch über die Sozialpädagogen und ihre Zukunft nachgedacht.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Schulte!

Abg. Dr. Schulte (CDU): Herr Senator, darf ich davon ausgehen, daß diese Behandlung in der Deputation für Wissenschaft und Kunst, die wir von der CDU-Fraktion auch erbeten haben und die auch die Gesamtperspektive der Hochschule Bremen umfassen soll, dann tatsächlich wie von Ihnen versprochen vor der Sommerpause stattfinden kann und dort dann auch die Antwort etwas ausführlicher sein wird, als das eben der Fall war?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator Franke!

Senator Franke: Es ist hier ja eine Fragestunde, Herr Abgeordneter Dr. Schulte, und ich versuche, die Geduld des Parlaments nicht zu überstrapazieren, und halte mich in den Antworten so zurück, wie es das Parlament in der Fragestunde verlangt.

(Abg. Neumann [CDU]: Das war aber nicht immer so!)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage?

(Abg. Klein [CDU]: Wir kennen auch längere Antworten von Ihnen!)

Weitere Zusatzfragen werden nicht gewünscht. Dann ist die erste Anfrage erledigt.

Ich bedanke mich bei Herrn Senator Franke.

Die zweite Anfrage befaßt sich mit der **Bauförderungspraxis bei Kunden der Neuen Heimat in Bremerhaven**. Die Anfrage ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Wierk und Fraktion der GRÜNEN.

Ich bitte den Abgeordneten Wierk, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Wierk (GRÜNE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Entspricht es der im Lande Bremen üblichen Praxis, daß Bauförderungsanträge von Kunden der Neuen Heimat von den Behörden deshalb nicht nachgeprüft wurden, weil diese Gesellschaft — laut Erklärung des Bremerhavener Baudezernenten — als gemeinnütziges Unternehmen vorbehaltloses Vertrauen genießt?

(C)

(D)

(A) Ich weiß nur, daß das Wohnungsbaunternehmen sich von dem freien Mitarbeiter, der in diesem Fall offensichtlich auf Akquisitionsbasis tätig gewesen ist, sofort nach Bekanntwerden der Tatumstände getrennt hat, insofern das von da aus auch Konsequenzen hat.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Kudella!

Abg. **Kudella** (CDU): Einmal unabhängig von dem Einzelfall, der noch geprüft werden muß: Haben denn solche Verfehlungen von Wohnungsbaunternehmen Konsequenzen von seiten der senatorischen Dienststelle, da gibt es ja eine Menge Fragen, Gemeinnützigkeit und so weiter? Darüber müssen Sie sich doch schon einmal Gedanken gemacht haben!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Wir stehen da immer wieder vor der großen Wand, Herr Kudella, daß das Gemeinnützigkeitsrecht uns ja nur einen Eingriff zuläßt, nämlich die Aberkennung der Gemeinnützigkeit. Nun ist dieser Einzelfall natürlich kein Tatbestand, um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit durchzuführen. Ich glaube, Sie konzedieren das auch durch Ihr Schulterzucken.

(B) (Abg. **Neumann** [CDU]: Nein, das ist anders zu werten!)

Insofern wird bei der Neuformulierung des Gemeinnützigkeitsrechtes unter anderem auch diese Fragestellung, nämlich eine abgestufte Eingriffsmöglichkeit gegenüber gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bei Fehlverhalten, zu diskutieren und zu entscheiden sein. Das ist ja in der parlamentarischen Diskussion gegenwärtig.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen? — Bitte sehr, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Senator, halten Sie es für richtig, daß Sie hier in aller Öffentlichkeit Schuldzuweisungen in Richtung Neue Heimat Bremerhaven vornehmen, bevor die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgeschlossen sind?

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN
— Abg. **Wede meier** [SPD]: Das hat Herr Kudella doch gemacht!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Damit es hier auch noch einmal deutlich wird, habe ich nun erstens, glaube ich, das Wohnungsunternehmen nicht genannt, das haben Sie übernommen, zweitens habe ich hier mehrfach darauf hingewiesen, daß die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die gegenwärtig laufen, abge-

wartet werden müssen und bevor zum Beispiel die Frage von Herr Kudella, Ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, beantwortet werden kann, wir doch diese Ermittlung abwarten müssen. Ich bin da schon auf der sehr, sehr vorsichtigen Seite. (C)

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Teiser!

Abg. **Teiser** (CDU): Herr Senator, Sie haben zu Anfang bei Ihrer Antwort die Ämter in Bremerhaven von jeder Schuld freigesprochen und haben ausschließlich die Schuld in Richtung des Wohnungsbaunternehmens gelenkt. Insofern haben Sie sich doch im Grunde genommen schon auf eine rechtliche Würdigung festgelegt.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Wenn ich mich recht entsinne, habe ich vorhin formuliert, daß auf der Grundlage der uns vorliegenden Daten — sie sind uns auch zur Landesbehörde übersandt worden vom Amt für Bauförderung — wir keine Veranlassung sehen, daß das Amt für Bauförderung nicht entsprechend der Wohnungsbauförderungsregelung in diesem Fall gehandelt hat und insofern wir gegenwärtig keine Schuldzuweisung gegen das Amt für Wohnung und Städtebauförderung vorzunehmen haben und die andere Frage geklärt werden muß in dem laufenden staatsanwaltschaftlichen Verfahren. (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Wierk!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Noch eine Frage: Wären Sie bereit, im Rahmen Ihrer Fachaufsicht dafür zu sorgen, daß die Bauförderungspraxis im Lande Bremen in Zukunft sich in etwa annähert an die Praxis bei der Prüfung für Sozialhilfeanträge, bei der die Antragsteller sich total dem Amt finanziell offenbaren müssen inklusive Konteneinsicht, während für eine Bauförderung von 30 000 DM ein Briefkopf der Neuen Heimat genügt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Dies trifft ja so in Ihrer letzten Formulierung nicht zu, um das noch einmal deutlich zu sagen. Wir lassen uns Einkommensbescheide geben, die ausgestellt worden sind auch vom Arbeitgeber entsprechend der Wohnungsbauförderungsbestimmung. Dann wissen wir das Bruttoeinkommen dieser Familie, und wir lassen uns die Finanzierung bescheinigen, und hier hat es bisher bis auf diesen einen Fall, wo wahrscheinlich noch zwei, drei andere Fälle offensichtlich daranhängen, keinerlei Probleme gegeben. Dann rechnen wir die Belastungsgrenzen für

(A) Amt für Bauförderung hat die Unterlagen geprüft entsprechend der Wohnungsbauförderungsbestimmungen, die wir hier auf Landesebene beschlossen haben. Dem Amt für Bauförderung sind aufgrund dieser Überprüfung überhaupt keine Vorhaltungen zu machen.

Ich sage noch einmal, wenn jemand falsche Angaben dort in der Antragstellung macht, wie soll denn ein Amt dahinterkommen, daß diese Angaben nicht zutreffen? Dies heißt dann Klartext in diesem Falle, und danach haben Sie mich jetzt gefragt, wenn diese Angaben nicht stimmen, ist das meines Erachtens eine Sache des Wohnungsunternehmens, hier eine kulante Lösung zu finden, daß diese Leute jetzt nicht aus ihrem Eigenheim herausgetrieben werden durch diese windige Finanzierung.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Wierk!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Herr Senator, Sie haben auf meine dritte Frage nach den Möglichkeiten des Bremer Senats in dieser Sache meines Erachtens keine brauchbaren Antworten gegeben. Dieser Ansatz eben war ja etwas.

(Zuruf von der SPD: Frage!)

Ja, jetzt zu meiner Frage! Was halten Sie von dem Vorschlag, daß Ihre Behörde zum Verkauf von ehemaligen Sozialwohnungen der Neuen Heimat erst dann die Zustimmung gibt, wenn sich die Neue Heimat bereit erklärt, aus den Erlösen des Verkaufs Mittel für die geschädigten Familien abzuzweigen?

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Eine Sekunde! Hat das noch etwas mit der Grundsatzfrage zu tun?

(Abg. **Wierk** [GRÜNE]: Ja, sehr wohl, es geht nämlich darum, wie man den Schaden wiedergutmachen kann!)

Bitte, Herr Senator Meyer!

Senator Meyer: Richtig!

(Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Das diskutiert man wohl nicht öffentlich!)

Vielleicht darf ich es einmal versuchen! Ob dieser Schaden nun wiedergutmacht wird aus den Einnahmen beim Verkauf von Mietwohnungen oder aus anderen Mitteln, ich gehe davon aus, daß der Wohnungsbauträger wirklich die Pflicht hat, in einem solchen Falle, in dem auf falscher Basis Anträge gestellt worden sind, die kleinen Leute zu schützen und denen eine Finanzierung aufzustellen, daß sie auf Dauer gesehen in ihrem Eigenheim wohnen bleiben können. Wir sind gern bereit, die Förderungsmittel dann, wenn eine solche Einigung erzielt wird, in die-

sem Eigenheim stehenzulassen, so daß wir nicht diejenigen sind, die dann da für Verschlechterungen sorgen. (C)

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Abgeordneter Wierk!

Abg. **Wierk** (GRÜNE): Herr Senator, meine Frage ging dahin, ob der Senat selbst, das heißt Ihre Behörde, in den Stellen, wo sie kompetent ist gegenüber der Neuen Heimat, auch bereit ist, aktiv zu werden, das heißt also, den Leuten zu sagen, ihr wollt eure Sozialwohnungen verkaufen, dazu geben wir unser Plazet, aber das dürft ihr erst, wenn ihr die andere Sache geregelt habt.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Sie können davon ausgehen, daß selbstverständlich, nachdem die Meldungen öffentlich geworden sind zu diesem Fall in Bremerhaven, ich sofort das Amt für Wohnung und Städtebauförderung als Landesdienststelle beauftragt habe, Kontakt mit dem Magistrat aufzunehmen, um die Einzelheiten dieses Falls klarzustellen. Sie können davon ausgehen, daß, wenn die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen beendet sind und man Ergebnisse hat, hier gegebenenfalls auch weitere Konsequenzen zu ziehen sind.

Ich füge allerdings noch einmal hinzu, das Wohnungsunternehmen ist im Grunde genommen aufgefordert — ich sage es jetzt einmal —, hier mit schlanker Hand eine vernünftige Lösung zugunsten dieser kleinen Leute zu finden. (D)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Eine Zusatzfrage? — Bitte sehr!

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Senator, wenn sich herausstellen sollte, daß das Wohnungsbauunternehmen gegenüber dem Amt falsche Zahlen genannt oder unrichtige Angaben gemacht hat, welche Konsequenzen wird das dann für das Wohnungsbauunternehmen haben?

(Abg. **Willers** [GRÜNE]: Das hat sich ja wohl herausgestellt!)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Meyer: Wir haben aufgrund dieses aktuellen Falles im übrigen auch nachvollzogen, ob es Parallelfälle hier in Bremen gibt. Dies ist nach den uns vorliegenden Unterlagen offensichtlich nicht der Fall. Was bei einem solchen Fall unter dem Strich dann herauskommt, würde sich im Augenblick völlig im Bereich der Spekulation bewegen, und ich möchte doch abwarten, was das Ermittlungsverfahren der Kriminalpolizei in Bremerhaven ergibt. Dann sollten wir vielleicht über diese Frage weitersprechen.

- (A) den Einzelfall aus und haben politisch definiert, wo wir die höchsten Belastungsgrenzen für diese Familien sehen.

Das Problem für uns ist immer, gerade auch diesen Familien deutlich zu machen, verschuldet euch nicht bis an die Oberkante eures Kopfes, so daß ihr daran ertrinkt an eurem Eigenheim. Wir stellen leider in den Ämtern immer wieder fest, daß die Antragsteller mit sehr beredten Worten uns weismachen wollen, daß sie doch diese Finanzierung aufstellen können und dann aber drei, vier, fünf Jahre später am Ende sind.

Dies wollten wir verhindern, und deswegen haben wir über die bloße Überprüfung der Einkommensgrenzen, wie das in anderen Ländern erfolgt, hinaus diese Belastungsobergrenzen definiert, um zu verhindern, daß Menschen hier noch mit Unterstützung von öffentlichen Mitteln ins Unglück gestürzt werden. Dies hat sich eigentlich in der Förderungspraxis in Bremen sehr bewährt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die zweite Frage erledigt. Dann bedanke ich mich bei Herrn Senator Meyer für die gegebenen Antworten.

Die dritte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde betrifft das **Schicksal der Windenergieversuchsanlage Monopteros in Bremerhaven**. Die Anfrage trägt die Unterschrift des Abgeordneten Wierk und Fraktion der GRÜNEN.

- (B) Ich bitte den Abgeordneten Wierk, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Wierk (GRÜNE): Wir fragen den Senat:

Erstens, wovon hängt es ab, ob die seit Jahren betriebsbereite Windenergieanlage Monopteros, die mit Bundesmitteln in Höhe von mindestens 37 Millionen DM von der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm in Bremerhaven Weddewarden errichtet worden ist, endlich ihren Dauerbetrieb aufnehmen kann?

Zweitens, welche Möglichkeiten hat der Senat, die notwendigen Entscheidungen voranzutreiben, und welches Konzept für die weitere Nutzung dieser Anlage wird dem zugrunde liegen?

Präsident Dr. Klink: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Lenz!

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Lenz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen des Senats beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Erstens, das Projekt Monopteros war von Anfang an als Versuchsanlage konzipiert und nicht für den Dauerbetrieb vorgesehen.

Zu zwei: Über die weitere Nutzung ihrer Windversuchsanlage hat die Firma MBB in Abstimmung mit dem BMFT zu entscheiden. Der Senat hat derzeit

- (C) keine Möglichkeiten, Entscheidungen über Monopteros voranzutreiben.

Präsident Dr. Klink: Haben Sie den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen? — Bitte, Herr Wierk!

Abg. Wierk (GRÜNE): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, ob genügend verwertbare Erfahrungen mit dieser Windenergieanlage vorliegen oder ob es Schäden und Mängel gibt, die die Stilllegung oder den Abriß, ähnlich wie bei der Großwindanlage in der Elbemündung, wie heute in der Zeitung zu lesen ist, rechtfertigen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Lenz: Meines Wissens sind Schäden aufgetreten, die ähnlich sind wie die, die wir nun gestern alle gehört haben von Growian. Ob diese Schäden entscheidend sind für den Abriß, kann ich nicht beurteilen. Ich weiß nur, daß von Anfang an nicht beabsichtigt war, diese Anlage zu betreiben. Es ist, das habe ich vorhin ja gerade versucht, Ihnen darzulegen, eine Versuchsanlage!

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfrage? — Bitte sehr, Herr Wierk!

Abg. Wierk (GRÜNE): Herr Senator, wie mir bekannt ist, sind auch der Magistrat der Stadt Bremerhaven und die Stadtwerke befaßt worden mit der Möglichkeit, die Energie aus dieser Windkraftanlage in das Bremerhavener Netz einzuspeisen. Sind Ihnen Ergebnisse dieser Gespräche und Verhandlungen bekannt, hat es Gespräche gegeben seitens des Senats mit dem Magistrat in Bremerhaven zu dieser Sache und falls ja, mit welchen Ergebnissen?

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Lenz: Mir ist das Ergebnis der Gespräche bekannt. Der Magistrat hat gesagt, er sei bereit zu übernehmen, wenn ihm keine Kosten entstünden, und die Stadtwerke haben erklärt, daß sie keine Möglichkeit sehen, den Strom in das Netz einzuspeisen, weil das für sie zu teuer werde. Die Kosten, die ermittelt wurden, liegen jährlich bei mehreren 100 000 DM.

Präsident Dr. Klink: Zusatzfrage? — Bitte, Herr Wierk!

Abg. Wierk (GRÜNE): Herr Senator, ich entnehme Ihrer Antwort, daß der Bremer Senat nicht sehr daran interessiert ist, diese Windenergieanlage in Betrieb zu nehmen.

Präsident Dr. Klink: Eine Frage bitte!

Abg. Wierk (GRÜNE): Bedeutet die Aufgabe Monopteros die generelle Absage des Bremer Senats an die Nutzung von großen Windenergieanlagen?

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Senator!

Senator Lenz: Nein, das bedeutet es nicht, denn Sie haben aus der Antwort entnommen, daß wir derzeit zwar keine Möglichkeit sehen, etwas zu unternehmen, weil das eine Angelegenheit von MBB ist, wir durchaus aber bereit sind zu verfolgen, wie sich das weiterentwickeln wird, aber Sie wissen ja selbst, welche Probleme aufgetreten sind, und sie sind ja insbesondere von Growian der breiten Öffentlichkeit mitgeteilt worden.

(Zuruf des Abg. Willers [GRÜNE])

Entschuldigen Sie, ich habe das nicht verstanden!

(Abg. Willers [GRÜNE]: Das Ganze scheint mir deswegen gebaut zu sein, um einen Mißerfolg nachzuweisen! — Widerspruch bei der SPD)

Das glaube ich nicht!

(Glocke)

Das ist etwas, Herr Willers — dies wurde nicht nur festgestellt bei Growian oder bei Monopteros —, was weltweit, wo Anlagen gebaut wurden, festgestellt wurde. Da wurde ja festgestellt, welche Schwierigkeiten es gibt.

(B) **Präsident Dr. Klink:** Zu einer weiteren Zusatzfrage der Abgeordnete Wierk!

Abg. Wierk (GRÜNE): Herr Senator, meine Zusatzfrage zielte daraufhin zu klären, wie der Bremer Senat generell der Nutzung von alternativen Energien gegenübersteht, in diesem Fall von Windenergieanlagen.

(Senator Lenz: Positiv!)

Darf ich Sie in diesem Zusammenhang dann auch fragen, was ist dann nach Vorstellung des Bremer Senats sinnvoll und machbar.

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Lenz: Sie meinen in bezug auf die Anlage Monopteros? Wir werden sehen, was sich dann entwickelt. Wir können ja nicht die technischen Probleme dort erörtern, sondern wir können uns nur beraten lassen und die Erkenntnisse entgegennehmen, die man feststellen wird nach einer abschließenden Prüfung und Begutachtung, und dann werden wir weitersehen.

Präsident Dr. Klink: Eine weitere Zusatzfrage? — Bitte, Herr Wierk!

Abg. Wierk (GRÜNE): Herr Senator, da Sie grundsätzlich der Nutzung von Windenergie positiv ge-

genüberstehen, wäre das Land Bremen bereit, sich bei einer gemeinsamen Finanzierung eines Dauerbetriebes dieser Anlage finanziell zu beteiligen? (C)

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Senator!

Senator Lenz: Das ist eine Frage, die ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantworten kann, darüber müßte der Senat beraten.

Präsident Dr. Klink: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die dritte Anfrage erledigt. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Lenz für die erteilten Auskünfte.

Meine Damen und Herren, damit ist der Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen und der Gruppe kein Thema beantragt worden.

40. Jahrestag der Kapitulation des nationalsozialistischen deutschen Reiches

Antrag (Entschließung) der Fraktion der GRÜNEN
vom 7. Mai 1985
(Drucksache 11/379)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg. Mir wurde mitgeteilt, daß der Abgeordnete Mützelburg eine verlängerte Redezeit in Anspruch nehmen wird. (D)

(Unruhe bei der SPD)

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe es gerade schon Ihrer Reaktion entnommen, daß Sie ebenso wie viele Bürger und natürlich auch wie Leute bei uns, bei den GRÜNEN, genug von den Gedenkfeiern haben, die im vergangenen Monat allerorten stattgefunden haben, nicht nur Gedenkfeiern, sondern auch viele andere Formen von Veranstaltungen zum Jahrestag der deutschen Kapitulation. Es stimmt, ich habe auch genug von Sonntagsreden, von bestimmten Erinnerungsfilmern und auch von bestimmten Formen, einzelne Opfer des Naziregimes herauszugreifen und über andere nicht zu reden. Diese Form der Feierstunden, des Redens kann sicherlich nicht beliebig fortgesetzt werden.

Deshalb bleibt die Rede, die ich eigentlich hier halten wollte, heute ungehalten. Ich denke auch, daß nach der Bonner Rede des Bundespräsidenten viele wichtige Sachen gesagt sind, von denen ich hoffe, daß auch die Regierungspartei in Bonn sie sich endlich zu Herzen nimmt.

(Beifall bei der SPD)

(A) Andererseits, meine Damen und Herren, es handelt sich bei den Ereignissen, deren vor einem Monat gedacht wurde, nicht nur allein um Anlässe für Jahrestage. Das, was zum 8. Mai 1945 führte, ist heute ebenso noch da wie das, was zum 30. Januar 1933 führte. Es ist unwiderruflich in die deutsche Geschichte eingepreßt, so daß Ohren zuhalten und Augen schließen uns überhaupt nicht helfen. Wir müssen uns dieser Auseinandersetzung stellen.

Ich denke, daß die Ereignisse, die manche von uns, wahrscheinlich viele von uns, am letzten Mittwoch ganz hautnah am Fernsehschirm erlebt haben, uns eigentlich zu denken geben müssen, wie tief die Wurzeln, die in Deutschland zum Faschismus, zum Kriegsausbruch und zum Kriegsende geführt haben, noch sitzen.

Das, was wir heute auch in den Zeitungen lesen konnten sowohl über neonazistische Fußballfans in Deutschland als auch über Schüsse, die in Bremen gefallen sind, sollte uns ebenfalls zu denken geben, daß viel von dem Geist, der damals existierte, auch heute wieder wach geworden ist.

Wenn mein Quellenstudium mich nicht trügt oder getrogen hat, ist es heute nach über 40 Jahren der deutschen Kapitulation das erste Mal, daß diese Bremer Bürgerschaft ausdrücklich über Bedingungen und Folgen des nationalsozialistischen Regimes und des Kriegsendes diskutiert, wohlgermerkt diskutiert und nicht nur Gedenkreden entgegennimmt. Ich finde, das allein ist so typisch, wie eben die ganze weitgehende Verdrängung der Ereignisse vor 40 Jahren typisch ist.

(B) Wenn wir dieser Auseinandersetzung bisher aus dem Wege gegangen sind, meinen wir, war das schädlich, vielleicht sogar schändlich gegenüber den Opfern der damaligen Zeit. Ebenso schädlich und schändlich aber ist, wenn wir uns nicht dem stellen, was heute, 1985, mit diesem Gedenktag alles an- und aufgestellt worden ist. Manche von Ihnen haben die Aktualität dieses Themas heute bestritten, aber Tagespolitik für heute und für morgen ist gerade mit dem 8. Mai seitens der Bonner Regierung gemacht worden, und diese Tagespolitik hält auch heute noch an.

Ich darf Sie vielleicht an einige Fakten und Ereignisse der letzten Wochen erinnern! In Bonn haben CDU und FDP die Verniedlichung der massenhaften Ermordung von Juden in Konzentrationslagern, die sogenannte Auschwitz-Lüge, gegen Racheakte von Besatzungssoldaten gesetzlich aufgerechnet. Hat nicht zu diesem Tatbestand Bundespräsident von Weizsäcker den Nagel auf den Kopf getroffen, als er sagte, die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit liege im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege geführt habe, wir dürften den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen? Wird nicht genau das mit Ihrem Auschwitz-Lügen-Gesetz gemacht?

Haben wir nicht alle — nicht alle, aber viele von uns — drei Wochen lang im Fernsehen Filme über den zweiten Weltkrieg sehen dürfen? Ist nicht vielen

von Ihnen aufgefallen, mir haben es auch Lehrer aus den Schulen aus Diskussionen berichtet, ich habe es von Schülerinnen und Schülern gehört, daß sie dort meinten, daß Heldentaten deutscher Soldaten gezeigt wurden, Menschen, mit denen man sich identifizieren könnte, daß der Krieg zwar seine schrecklichen Seiten hatte, aber daß auch im Krieg manches Gute auch für Deutschland geleistet worden sei? Haben wir das nicht alle mit ansehen müssen?

(C)

Meine Damen und Herren von der CDU, hat nicht Ihr Bonner Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger anlässlich der Auseinandersetzungen um den Reagan-Besuch in Bitburg an fast 300 amerikanische Abgeordnete geschrieben — und zwar geschrieben, was im konservativen Lager offensichtlich wieder ganz modisch ist —, wenigstens den Krieg im Osten, besonders ab 1944, hätten wir doch als gerechten und gerechtfertigten Abwehrkampf gegen das Vordringen des Bolschewismus geführt, das sei doch heute wieder eine anerkennenswerte Tat, da doch die Regierung unseres größten Verbündeten die Abwehr des Kommunismus zum Kernstück ihrer Außenpolitik verdichtet habe. So konnte sich Herr Dregger ziemlich ungeniert rühmen, daß er bis zuletzt gegen diesen Feind gekämpft habe.

Meine Damen und Herren, er und andere seines Schlages haben bis heute nicht begriffen, daß diese so penetrant selbstgerühmte Tapferkeit und Pflichterfüllung zu nichts anderem mehr taugte, als das Leben einiger verbrecherischer Parteibonzen zu verlängern und zu den vielen Millionen, die sinnlos sterben mußten, einen weiteren Leichenberg zu schieben.

(D)

Paßt es da nicht ins Bild, wenn sich zwei hochdekorierte Generale aus der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten Hände über Soldatengräbern, auch über Gräbern von SS-Soldaten reichten, auf denen steht, „Gefallen als Helden“? Paßt es da nicht auch ins Bild, wenn der amerikanischen Präsident gerade über diesen Gräbern gerade diese Generale zu Kriegshelden erklärt, die sich die eine Hand zum Vergessen und die andere Hand zur Waffenbrüderschaft gegen den Weltkommunismus reichen?

Meine Damen und Herren, da ist es doch nur noch ein Tüpfelchen auf dem I-Punkt der Neudeutung des Wortes Kapitulation, wenn die CDU in Bremen nicht mit Widerstandskämpfern auftreten wollte, die als Deutsche und zugleich als Kommunisten gegen die faschistische Diktatur standen, weil etliche von ihnen heute für eine andere Form von Unterdrückung Propaganda machen. Kampf und Opfer gegen das Hitlerregime trauten sich damals nur wenige, die Opfer waren zahlreich. Sie von heute aus in gut und schlecht einzuteilen, ist der Zynismus dessen, der nicht zu kämpfen wagt, der nicht kämpfen konnte, mußte oder vielleicht auch gar nicht wollte.

Meine Damen und Herren, Menschen, die sich heute so verhalten, scheinen zumindest in ihrem Kopf nie ein wirkliches Kriegsende erlebt zu haben. Dem Kampf gegen das Weltjudentum ist in ihren Köpfen der Kampf gegen den Bolschewismus ge-

(A) folgt. Carl Schmitt, der schreckliche Jurist, und Ernst Jünger, der kühle Ästhet des Kriegerischen, sind geistige Paten.

Wir alle, auch wir GRÜNEN, haben uns gefragt, ob diese, ja, man muß fast sagen, Einstimmung eines ganzen Volkes auf eine Neudeutung der Kapitulation in Richtung Kampf gegen den Kommunismus und Neubeginn, auch der Verherrlichung von Militarismus und in bestimmtem Umfang selbst von Kriegen, eigentlich gutgehen könnte. Wir haben erst einmal gesehen, ich denke, das ist auch ein Teil des Wahlergebnisses von Nordrhein-Westfalen, daß diese ideologische Auf- und Umrüstung nicht verfangen hat, und wir sind froh darüber, unabhängig von dem Wahlergebnis, daß das nicht geklappt hat.

Das alles hat aber die Regierung in Bonn, insbesondere die CDU, nicht gehindert, die Politik, die um den 8. Mai mit großem Propagandaaufwand betrieben und entfaltet wurde, weiter voranzutreiben. Es ist eine Politik, die auf internationaler Konfrontation und nicht auf internationalen Ausgleich setzt. Oder weshalb erteilt die Bundesregierung denn dem SDI-Programm, dem Krieg der Sterne, nicht endlich eine klare Absage?

Weshalb, meine Damen und Herren, kann anläßlich der Reise Willy Brandts nach Moskau schon wieder eine neue Dolchstoßlegende mit harten Worten à la Vaterlandsverrat aufgebracht werden? Meine Damen und Herren, weshalb sagt der Bundeskanzler Kohl nicht endlich seinen Auftritt auf dem Schlesier-treffen ab?

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bundesregierung, die CDU, die CSU, auch zum Teil die FDP halten uns und sich allen das Tor weit offen, das direkt in eine neue, politische und eventuell auch militärische Konfrontation führen kann. Zu dieser Form von moralischer Aufrüstung sagen wir unabhängig von allen Gedenkfeiern und Gedenktagen nein!

Wir GRÜNE, Verfechter der Gewaltfreiheit, des Pazifismus und einer wirklichen Abrüstung, wenden uns entschieden gegen alle und alles, was den Krieg als Zustand und den Krieg als Vergangenheit durch Worte, durch Taten, aber auch durch Unterlassen verherrlichen kann.

Meine Damen und Herren, mir scheint es, als verüßen wir über dem Gedenken an die Schrecken des Krieges und an die Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes, daß Kriege nicht in erster Linie um Ideen, sondern um Räume, Menschen und Sachen geführt werden. Wenn Kriege nicht stattfinden, so wird doch auf sie hingearbeitet. In unserer Gesellschaftsordnung ist es selbstverständlich, daß sowohl an dieser Rüstung als auch an der tatsächlichen Kriegsführung viele verdienen.

War es nicht so, daß die Opfer des letzten Krieges, die Fremdarbeiter, die Juden, die Zwangsinhaftierten, nicht zugleich auch billige Arbeiter im KZ und in Fabriken gewesen sind? Haben wir nicht in Bre-

men auf dem Gelände der heutigen Klöcknerhütte das lebendige Beispiel vor Augen gehabt? Sind nicht die Namen Flick, Krupp und Thyssen ein hervorragendes Symbol dafür, wie Krieg und Kriegsrüstung vor, während eines Krieges und vor allen Dingen auch nachher zu nichts anderem benutzt werden, als Gewinne und Kapital zu häufen?

(C)

Meine Damen und Herren, wer verdient denn am Krieg-der-Sterne-Programm? Worauf ist es zurückzuführen, daß die deutsche Industrie, unterstützt von der Bundesregierung, mit allen Mitteln ihre Brosamen von diesem Projekt abbekommen möchte? Wird nicht dieses Besitzenwollen, dieser Drang, mehr und mehr haben zu müssen, gedanklich vom Präsidenten der Vereinigten Staaten geschürt, wenn er in der Hambacher Rede an die deutsche Jugend ausführte — ich zitiere —:

„Wir haben bereits ein Wunder erlebt, Ihr Wirtschaftswunder. Ich möchte Sie heute ermutigen, sich zu überlegen, ob Sie sich nicht mit Ihren Freunden zusammentun wollen, um heute oder später ein Unternehmen zu gründen, um Teil einer neuen, großen Bewegung des Fortschritts zu werden, des Zeitalters des Unternehmers. Menschliche Zuversicht und menschliche Fähigkeiten entdeckten Öl, wo es einst nur Sand gab. Heute entdecken wir eine neue Welt der Computer, Mikrochips und der Biotechnologie.“

Meine Damen und Herren, diese Gedanken des Präsidenten Reagan sollten uns allen Mahnung daran sein, daß aus dem Streben, auch aus dem unternehmerischen Streben, nach Besitz nicht einfach der Fortschritt entsteht, sondern daß dieser Fortschritt immer zugleich verbunden war mit Hochrüstung und territorialem Besitzstreben. Die menschliche Zuversicht und die menschliche Fähigkeit, die uns Öl entdecken halfen, führen heute dazu, daß Militär ausgebildet und ausgerüstet wird, diese Ölquellen, wo auch immer in der Welt, für die Vereinigten Staaten, für Europa zu erhalten und zu verteidigen, mit allen Mitteln, auch mit kriegerischen.

(D)

Die heute neu entdeckte Welt der Computer, der Mikrochips, der Biotechnologie, ist sie nicht zugleich eine Welt, die uns befähigt, noch perfekter aufzurüsten, noch perfekter zu kontrollieren und die Menschen zu manipulieren? Sind nicht diese Fortschritte zugleich Fortschritte, die, gegründet auf Besitzstreben, Völkermord hier, Umweltmord dort und beides zusammen in Kauf nehmen?

Meine Damen und Herren, noch ein Letztes dazu! Dieses Besitzenwollen, das die Kriege in den letzten Jahrhunderten immer wieder entfacht hat, führt zugleich dazu, daß auch die Ideologie des Besitzenmüssens, sei es an Unternehmen wie an vielen nützlichen Dingen dieser Welt, selbst zur Rechtfertigung von Kriegen wird.

Wird nicht mit dem Krieg gegen die angebliche Unfreiheit in Nicaragua auch zugleich die Idee der freien Entscheidung jedes Volkes über seinen Entwicklungsweg, die Idee und Notwendigkeit der Umwälzung sozialer Art dort, ökologischer Art anderenorts angegriffen?

(A) Meine Damen und Herren, das, was um den 8. Mai mancherseits — insbesondere von der Regierung in der Bundesrepublik Deutschland — betrieben worden ist, steht diesen Gedanken, die ich eben ausgeführt habe, nicht entgegen. Allerdings, es ist nicht allein die Seite des materiellen Besitzenwollens, es ist gleichgepaart mit einem inneren Zustand, einem inneren Gefühl der Überlegenheit, was eigentlich geschürt wurde und in der Vergangenheit zugleich auch Wurzel für das ist, was seine schrecklichste Form in der nationalsozialistischen Zeit hier gefunden hat. Der Antisemitismus des Hitlerregimes ist doch nur der krasseste Ausdruck dieser Form von Überlegenheitsgefühl,

Ich will gar nicht verhehlen, daß andere Nationen, daß fast jeder Nationalismus auch eine Komponente der Überlegenheit der eigenen Nation enthält. Aber die Militanz, mit der der Antisemitismus, mit der der Rassismus, mit der die Fremdenfeindlichkeit und mit der der Fremdenhaß heute überall in Westeuropa um sich greifen, läßt darauf schließen, daß das Überlegenheitsgefühl, das den nationalsozialistischen Antisemitismus prägte, mittlerweile Allgemeingut von Industriegesellschaften geworden ist. Auch die Ereignisse von Brüssel in der letzten Woche, ich weise noch einmal darauf hin, sind ein deutlicher Ausdruck dafür.

Ist es etwas anderes — wenn wir an die Bundesrepublik denken —, wenn wir über die Abschiebung von Türken debattieren und dabei eigentlich nur noch darüber reden, mit welcher Summe Geldes wir sie abfinden wollen, wie wir ihre Sozialversicherungsabgaben regeln? Ist das nichts anderes als eine ganz sachliche Form von nationalen Überlegenheitsansprüchen?

(B) Ist es ein Unterschied, wenn wir über den Hunger in der Dritten Welt diskutieren, ganz sachlich, und dabei feststellen, daß die Völker dort selbst zur Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen beigetragen haben? Ist auch das nichts anderes als eine scheinbar sachliche nationale Überlegenheit, die wir dokumentieren?

Meine Damen und Herren, gewiß, wir haben das bezüglich der Vergangenheit in diesem Jahr gut kaschiert. Wir haben immer wieder an die Opfer, an die millionenfachen Opfer vor allem der jüdischen Mitbürger gedacht, aber, und wir GRÜNEN haben das von den eigenen Freunden in unseren eigenen Veranstaltungen zum 8. Mai erlebt, mit dem Gedenken an diese Opfer geht auch ein Kritikverbot einher, ein Kritikverbot am heutigen Israel.

Mit dem Gedenken an die Opfer der jüdischen Mitbürger wird das Gedenken an die Sozialisten und Kommunisten im Widerstand, an die Sinti und Roma, an die Homosexuellen, an die Fremdarbeiter vergessen, vergraben und zum Teil bewußt unterdrückt, aber handelte es sich dabei nicht gerade um solche Gruppen, die auch heute noch mit dem Stempel des Andersseins versehen werden, die aus der Gesellschaft ausgegliedert und schließlich auch die be-

liebigen Opfer neuer neonationalistischer Aktivitäten werden? (C)

Von der polizeilichen Beobachtung Schwuler über die Verweigerung der Anerkennung des kommunistischen Widerstandes bis zu den Angriffen einer Borussenfront in Dortmund oder eines Hansaclubs hier in Bremen auf Türken bis hin zu Liverpool-Schreien im Bremer Weserstadion am vergangenen Samstag und den Schüssen von gestern im Niederwieland sind es wirklich kleine Schritte, der Geist, der dahintersteckt, hat die gleichen Wurzeln und Ursachen. Darum können wir uns eigentlich nicht herummogeln.

Meine Damen und Herren, weil das so ist, müssen wir feststellen, daß es nicht, wie so oft in den letzten 40 Jahren behauptet, einzelne Skrupellose waren, die es dazu kommen ließen, wie es dann 1945 kam. Es war der Zustand der Gesellschaft. Genau dieser Geist der sachlichen Überlegenheitswelle, wenn er auf die Sachlichkeit des Geldes und des Besitzes an Privateigentum stößt, ist ein hervorragender Nährboden für jede Art von brutaler Diktatur. Wer möchte leugnen, daß wir heute nicht ebenfalls in einer Gesellschaft leben, in der buchhalterische Genauigkeit, sachliche Überlegenheit unseres Gesellschaftssystems, unserer Ideen und unserer Lebensweise mit dem Wunsch nach Aufrechterhaltung unseres Besitzes und unserer Lebenszustände gepaart sind!

Die enge Bindung an die Vereinigten Staaten, die die Bundesrepublik Deutschland durch ihre Regierungen eingegangen ist, die unter der Kohl-Regierung wirklich um das Vielfache verschärft worden ist und die durch die Feierlichkeiten offiziellerseits um den 8. Mai weitergefördert werden sollte, dient nicht zuletzt genau der Aufrechterhaltung dieses Zustands. (D)

Wir, meine Damen und Herren, meinen, daß gegen die Zustände, die zum 8. Mai 1945 führen konnten, unsere Emotionen, auch unsere ganze Leidenschaft und unsere ganze Empörung dringend erforderlich sind und zugleich die ständige, lebendige und aktuelle Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit. Was nicht passieren darf, ist, daß ein neues Kontinuum des Vergessens über diese Ereignisse ausgebreitet wird. Wer heute mit dem Schlagwort „Schluß mit den Gedenktagen“ oder „40 Jahre sind genug“ die Erklärung dieser Zustände beenden will, der wird uns nicht davon entbinden, die Wurzeln des 8. Mai 1945 zu untersuchen und ihr Wiederaufkeimen im Jahre 1985.

Deshalb halten wir GRÜNE es für dringend notwendig, sich hier in der Bürgerschaft, ungeachtet des Datums, mit den falschen Tönen, mit den politischen Entwicklungen bei den heutigen Gedenkfeiern auseinanderzusetzen, sich erst recht aber auseinanderzusetzen mit den Wurzeln unserer Vergangenheit und sich zu Konsequenzen zu bekennen.

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie deshalb auf, unserem Antrag zuzustimmen und zugleich damit darauf zu beharren, daß wir hier gemeinsam Widerstand gegen alle Formen des Militarismus, des

(A) Revanchismus, der Kriegsverherrlichung und Widerstand gegen alle Formen des Antisemitismus, der Ausländerfeindlichkeit und der Ausgliederung von Minderheiten leisten. Damit treten wir dafür ein, daß kein Volk, keine Nation, aus welchen Gründen auch immer, von einer anderen militärisch, politisch, wirtschaftlich ausgebeutet oder unterdrückt wird.

Schließlich ermutigen wir damit auch alle Menschen, aber insbesondere die Jugend, aufrecht zu gehen, Widerstand zu leisten, Widerstand zu leisten auch gegen Pläne und Maßnahmen, die im Namen der Freiheit, die im Auftrag der Menschenrechte, die im Zeichen der Bewahrung unseres nicht zu übertreffenden Gesellschaftssystems gemacht werden.

Angesichts der Opfer des nationalsozialistischen Regimes müssen wir GRÜNEN darauf beharren: Keine Idee ist groß genug, unser Leben zu besitzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier. Es wurde signalisiert, daß der Abgeordnete Neumann ebenfalls über 15 Minuten benötigen wird.

Abg. **Wedemeier** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der GRÜNEN hat folgende Einleitung: „Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, daß der 8. Mai als der vierzigste Jahrestag der Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschen Reichs zu einem Gegenstand macht- und parteipolitischer Interessen und zu einem teilweisen oberflächlichen Medienspektakel wurde, in dem die vielen ernstgemeinten Ansätze einer moralischen und politischen Auseinandersetzung mit diesem Jahrestag unterzugehen drohen.“

(B) Ich kann diesen Satz voll unterschreiben. Wir alle aus der SPD-Fraktion können auch große Teile Ihres Antrags unterschreiben. Ich muß Sie aber auch nach Ihrer Rede, nach Teilen Ihrer Rede fragen, ob nicht Sie auch der Versuchung erlegen sind, den 8. Mai, den vierzigsten Jahrestag, zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Wenn Sie bedauern, daß in diesem Parlament — offenbar waren Ihnen doch nicht alle Quellen zugänglich —

(Bürgermeister **Koschnick:** Nur vom letzten halben Jahr!)

in den letzten 40 Jahren noch nicht über das nationalsozialistische Regime gesprochen wurde und sagen, das sei schändlich, dann müssen wir uns, Herr Mützelburg, als Nachkriegsgeneration fragen, ob wir ohne gründliches Studium eigentlich das Recht haben, solche Äußerungen von uns zu geben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Oder soll ich Ihnen als Sozialdemokrat die Namen derjenigen Sozialdemokraten auflisten, die aus dem KZ hierhergekommen sind, um zu verhindern, daß so etwas noch einmal möglich ist? Soll ich Ihnen das erst sagen? (C)

(Beifall bei der SPD)

Das Recht haben wir nicht!

In diesem Parlament haben nach dem Krieg überwiegend Frauen und Männer gearbeitet, die im Dritten Reich gelitten haben, und denen sage ich nicht, es sei schändlich gewesen, sie hätten sich mit dem Nationalsozialismus nicht auseinandergesetzt.

Es gibt eine Rede von Wilhelm Kaisen vom 17. April 1946 zur Eröffnung der Bürgerschaft. Ich zitiere daraus nur wenige Sätze, damit Sie wissen, daß sehr früh die Auseinandersetzung stattgefunden hat.

(Abg. **Mützelburg** [GRÜNE]: Ich habe sie gelesen, Herr Wedemeier!)

„Das Hitlerregime hat mit seiner Wahnsinnstat nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt in eine Katastrophe hineingerissen. Heute, da wir uns nach 13 Jahren wieder versammeln, bietet Bremen ein anderes Bild. Alle historischen Zeugen der Vergangenheit sind bis auf das Rathaus und den Dom vernichtet. Schwarz und brandig ragen in der Innenstadt die Mauern der Kaufmannshäuser in die Luft. Die mittelalterlich anmutenden Türme von unseren Kirchen sind heute nur noch Stein gewordene Klage der Hilflosigkeit.“ (D)

Er setzt sich in einer langen Rede weiter inhaltlich mit dem Nationalsozialismus und den Folgen auseinander. Nun bitte ich Sie zu überlegen, ob es richtig ist, was Sie sagen!

Sie sagen auch, wir haben genug von Gedenkfeiern, wir wollen Taten sehen. Das ist richtig. Wir alle haben das gedacht, Sie in Auschwitz, andere im Bundestag. Man kann den Nationalsozialismus auch in der Weise nicht bewältigen, aber Konsequenzen aus den 13 Jahren ziehen, indem man sich nach Israel begibt und nicht nur über Israel hier redet oder, wenn man hinfährt, nur mit Bestimmten in Israel redet.

Ich war in diesen Tagen zwar nicht wie Sie in Auschwitz an einer Gedenkstätte, aber ich war in diesen Tagen in Israel, als hier in Bitburg Kränze niedergelegt wurden. Das war bitter! Es gehört aber dazu, gerade für die Nachkriegsgeneration, zu versuchen, mit den Israelis — das Wort Versöhnung darf man ja gar nicht in den Mund nehmen — Kontakt zu bekommen, die unter unseren Vätern — Entschuldigung, nicht unter unseren Vätern —, die unter dem Nationalsozialismus gelitten haben, und zwar gemeinsam mit unseren Vätern.

Ich komme zu Ihrem Antrag zurück! Sie haben sich auf den Bundespräsidenten bezogen. Ich möchte Sie fragen, ob es nicht sinnvoll ist, auch nach Ihrer Rede

(A) sinnvoll sein kann, sich auf die Rede des Bundespräsidenten zu verständigen. Es hat eine ganze Reihe von Aktivitäten am 8. Mai gegeben. Das ist richtig. Ich glaube aber, daß das andere Deutschland durch die Rede des Bundespräsidenten repräsentiert worden ist und daß alle, die auch Ihre Rede, Herr Mützelburg, ernst nehmen und mithelfen wollen, daß so etwas nicht noch einmal vorkommt, sich hinter dieser Rede versammeln müssen.

Ich sage das deshalb, weil ich auch die Reaktion — wir kennen sie ja alle — aus Israel zu dieser Rede kenne, und darum möchte ich an Sie die Frage stellen, ob Sie nicht bereit sind, sich mit uns hinter der Rede des Bundespräsidenten, aus der Sie selbst etwas zitiert haben, zu versammeln.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich sage das auch, weil ich als Teilnehmer dieser Sitzung — die GRÜNEN waren leider nicht vertreten — festgestellt habe, daß Teile des Hauses in Bonn große Schwierigkeiten hatten, ihrem Bundespräsidenten Beifall für diese Rede zu zollen.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Das glaube ich wohl!)

Ich möchte zu Ihren Kernaussagen in Ihrem Antrag zitieren, was der Bundespräsident gesagt hat, und Sie dann abschließend fragen, ob Sie immer noch meinen, man müßte dazu noch etwas Besonderes beschließen.

(B) Zur „Unterscheidung zwischen angeblich ehrenhafter Kriegsführung und soldatischen Tugenden im Dienst des Nationalsozialismus einerseits und den Massenmorden in den Konzentrationslagern andererseits“ hat von Weizsäcker ausgeführt — das, was ich eben zitiert habe, ist ein Teil Ihres Antrags —:

Von Weizsäcker: „Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlaß dafür suchte und fand er in Polen.“

Am 23. Mai 1939 erklärte er vor der deutschen Generalität: „Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden . . . Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung . . . Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen . . . Anzustreben bleibt, dem Gegner zu Beginn einen oder den vernichtenden Schlag beizubringen. Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle.“ Eine Antwort auf Ihre Fragestellung in Ihrem Antrag!

Er sagt an anderer Stelle dazu: „Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen, das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient.“

Zu der bei den GRÜNEN bestehenden Befürchtung, der Krieg des deutschen Faschismus gegen die

Sowjetunion sei eine Art Kampf zur Verteidigung des Abendlandes gewesen — und ich teile sie, Sie haben sie mit dem Dregger-Zitat auch treffend untermauert —, sagt der Bundespräsident ganz schlicht und einfach unter großem Beifall großer Teile des Hauses: „Wir wollen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion.“ Das ist die Antwort des Bundespräsidenten auf Ihre Befürchtung, und ich glaube, dies können wir unterschreiben.

Zur Frage, welcher Tag das Datum der eigentlichen Niederlage der Freiheit in Europa gewesen sei, führt der Bundespräsident aus: „Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht und Vertreibung und Unfreiheit sehen, sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“

Zu unserer gemeinsamen Klage, Herr Mützelburg, daß über die Leiden einer Vielzahl von Gruppen weitgehend geschwiegen wird, ist in der Rede nachzulesen — ich verzeihe mir, daß ich hier immer wieder den Bundespräsidenten zitiere, und ich hoffe, Sie verzeihen mir das auch, dem gibt es einfach nichts mehr hinzuzufügen! —:

„Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Kriege gelitten haben, vor allem der unzählbar vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.“

Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind. Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geißeln. Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten. Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und des glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.“

Herr Mützelburg, es ist nicht so — ich sage das für die Sozialdemokratische Partei —, daß wir zum Beispiel das Schicksal der Sinti und Roma, der Homosexuellen und der Geisteskranken vergessen haben. Auch im politischen Handeln in Bremen können Sie bei uns zumindest ablesen, daß wir das nicht vergessen haben, daß wir uns um diese Gruppen auch gemeinsam mit Ihnen kümmern.

(Beifall bei der SPD)

- (A) Ich will an dieser Stelle auch ein Wort an die Bremer CDU richten! Ich empfinde es als beschämend, daß bei einer gemeinsamen Veranstaltung, die dem Tag der Befreiung gewidmet ist, Bremer Christdemokraten sich der Teilnahme entzogen haben, nur weil Kommunisten beteiligt waren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Mützelburg hat sehr recht mit dem, was er zur Reise Willy Brandts gesagt hat. Das muß jeden tief betrüben, der der Auffassung ist, daß man mit den ehemaligen Kriegsgegnern zu einer Versöhnung gelangen muß. Die CDU in Bremen hat vergessen — aber das ist wohl Strategie dann auch von oben nach unten —, daß es nicht um ein Bündnis mit Kommunisten ging, sondern daß es darum ging, der Opfer der Gewaltherrschaft zu gedenken. Die Kommunisten in Europa haben viele Opfer im Widerstand gegen den Faschismus bringen müssen. Diese Tatsache ist nicht zu leugnen!

Ich bin auch davon überzeugt, daß, wäre die Rede des Bundespräsidenten, der Ihrer Partei angehört, bekanntgewesen, Sie sich einer gemeinsamen Kundgebung nicht hätten verweigern können.

- (B) Die Fraktion der GRÜNEN wendet sich am Ende ihres Antrags gegen alle Formen des Antisemitismus, der Ausländerfeindlichkeit und der Ausgrenzung von Minderheiten. Wir stimmen auch diesem Teil des Antrags zu und verweisen auch hier auf die Ausführungen des Bundespräsidenten, die er an den Schluß seiner Rede gestellt hat.

„Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaft und Haß zu schüren. Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.“

Ehren wir die Freiheit. Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht. Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit. Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.“

Ich bin sicher, daß diese wenigen Zitate die Fraktion der GRÜNEN als Antragsteller davon überzeugen werden, daß unser Bundespräsident als ein Repräsentant des anderen Deutschlands Worte zum 8. Mai gefunden hat, hinter denen wir uns alle versammeln können, und es deshalb überflüssig ist, eigene Entschlüsse zu fassen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wohl auch notwendig, daß sich alle, die guten Willens in dieser Frage sind, tatsächlich hinter dem Bundespräsidenten versammeln. Unsere Aufgabe ist es jetzt nicht, neue Resolutionen zu beschließen, sondern den Willen zum Frieden immer wieder zu dokumentieren und für die Erhaltung des Friedens zu arbeiten.

- (C) Wir Sozialdemokraten haben dazu in unserem Nürnberger Manifest festgestellt: „Friede ist in Europa nur möglich, wenn niemand mehr an den Grenzen rüttelt, die als für alle Deutschen schmerzliches Resultat nazistischer Gewaltpolitik entstanden sind. Willy Brandts Politik des Friedens und der Versöhnung begründete auf dieser Einsicht: Wer die polnische Westgrenze auch nur rhetorisch in Frage stellt und damit ganz Europa gegen die Bundesrepublik aufbringt, schadet dem Volk, für das er zu sprechen vorgibt.“

(Beifall bei der SPD)

Die Deutschen in beiden Staaten sind sich selbst und ihren Nachbarn eine Politik schuldig, die lebendig gebliebene Gemeinsamkeit zuerst und vor allem am gemeinsamen Dienst am Frieden verwirklicht. Vom deutschen Boden sollen immer neue Zeichen des Friedens ausgehen. Niemals wieder ein Krieg!“

Das Nürnberger Manifest schließt mit folgender Erklärung: „Wir Sozialdemokraten verneigen uns vor den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, des Krieges und der Vertreibung. Wir handeln im Sinne dieser Opfer, wenn wir überall und nach allen Seiten versuchen, aus Feinden Gegner und aus Gegnern Partner einer neuen Friedensordnung zu machen.“ Soweit die Sozialdemokraten in ihrem Nürnberger Manifest!

- (D) Ich rechne mit Ihnen, Herr Mützelburg, ich rechne mit den GRÜNEN, damit wir beide, und ich gehe davon aus, auch die CDU — die CDU dann in Abweichung zu einigen ihrer Spitzenrepräsentanten —, hier erklären: Dieser unser Bundespräsident repräsentiert das andere Deutschland, zu dem wir gehören wollen und für das wir immer arbeiten wollen!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neumann.

Abg. Neumann (CDU): Herr Präsident, bitte keine halbe Stunde, machen Sie mich darauf aufmerksam, wenn die Redezeit beendet ist, weil ich wirklich der Meinung bin, obwohl das möglicherweise nicht populär ist zu sagen, daß die GRÜNEN, insbesondere nach dem Akt im Deutschen Bundestag und nach der Rede des Bundespräsidenten, auf eine zusätzliche Debatte in diesem Hause verzichten könnten!

In diesem Fall bin ich mit Herrn Wedemeier der Auffassung, daß das zu den ganzen Vorgängen um den 8. Mai ein krönender und würdiger Abschluß war. Aber die GRÜNEN tun ja ohnehin das, was sie nicht lassen können, um jede Gelegenheit zu nutzen, dieses Parlament dazu zu verwenden, viele Themen, die weit über die Kompetenzen dieses Parlaments hinausgehen, mit dem Ergebnis zu diskutieren, daß andere landespolitische Dinge zu kurz kommen und sie das anschließend als mangelhaften Parlamentarismus beklagen.

(A) Nun gut! Damit mir der Vorwurf nicht gemacht wird, wir hätten zum 8. Mai gar nichts zu sagen, obwohl wir uns an verschiedenen Stellen geäußert haben, will ich auch ein paar Anmerkungen machen.

Erste Aussage! Meine Damen und Herren, meine Fraktion hält die Rede von Richard von Weizsäcker, der, wie Sie sagen, mit Recht aus unseren Reihen kommt und gesinnungsmäßig nach wie vor auch dazu gehört, für eine großartige Rede und wir stehen voll dahinter, damit dies ganz deutlich wird!

(Beifall bei der CDU)

Daß es in einer solchen Rede, in der man die ganze Bandbreite der Emotionen und der Probleme behandelt, Passagen gibt, die einem mehr gefallen als andere, das ist völlig logisch. Ich bin ganz sicher, wenn ich Ihnen jetzt aus dieser Rede einige Passagen vorlese, daß das Passagen sind, zu denen Sie sagen, na ja, und nicht unbedingt zu Beifall hingerissen werden, genauso wie das umgekehrt bei uns der Fall ist.

(Abg. Hoyer (SPD): Die zentralen Aussagen!)

Die zentralen Aussagen dieser Rede, sehr richtig!

Die Tendenz dieser Rede wird zumindest von meiner Fraktion — und Sie können davon ausgehen, auch von dem größten Teil der Partei, auch des Bundespartei Vorstandes — einmütig getragen.

(B) Nun könnte ich das so machen, daß ich jetzt die verschiedenen Passagen, die ich für besonders bedeutsam halte, zitiere, so ähnlich wie das Herr Wedemeier aus gutem Grund gemacht hat. Das will ich mir ersparen. Vielleicht weise ich auf eine, zwei oder drei hin. Ich gehe einmal davon aus, daß wir diese Debatten nun nicht dazu benutzen, das, was andere viel besser haben sagen können, zu wiederholen, sondern daß wir auch von uns aus eigene Gedanken beisteuern. Das ist ja der Sinn eines solchen Parlaments.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen verzichte ich nicht ganz auf Zitate, aber ich will das eine oder andere auch bewerten.

Wir werden Ihren Antrag von den GRÜNEN nicht unterstützen, und zwar ganz eindeutig auch deshalb, weil sich zwar der Text an vielen Stellen ganz vernünftig liest, Herr Mützelburg, aber das, was Sie sagen, und der Geist, der dahintersteht — was uns nicht überrascht hat —, von mir, von meiner Fraktion nicht zu akzeptieren ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich stimme Ihnen zwar zu, daß solche Tage wie der 8. Mai immer wieder dazu dienen müssen, und zwar nicht nur 1985, darüber nachzudenken, wie so etwas entstehen kann. Es ist auch gar nicht zu bestreiten, daß gewisse Vorgänge hier und dort in der Welt

und auch Erscheinungsformen vergleichbar sind. (C) Die Gefahr besteht, daß sie sich immer wieder entwickeln. Das hake ich ab! Aber Sie haben mit Ihrer Rede den Eindruck erweckt, indem Sie auf die Türken, Ereignisse in Niedervieland und Brüssel verwiesen, als wäre die Situation dieses Staats, in dem wir uns befinden, in etwa in einem Stadium wie in der Entwicklung der dreißiger Jahre. Hier muß ich Ihnen sagen, bin ich ganz anderer Meinung und widerspreche dem entschieden.

(Beifall bei der CDU)

Ich zitiere den Bundespräsidenten. Jetzt hören Sie genau zu, weil Sie sich ja auch auf Herrn von Weizsäcker bezogen haben, gleichzeitig aber das Atlantische Bündnis kritisieren! Das macht den Widerspruch in Ihren Gedankengängen deutlich! Herr von Weizsäcker sagt in seiner Rede im Bundestag:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen. Wir leben seit 40 Jahren in Frieden und Freiheit, und wir haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet.

(D) Nie gab es“ — so von Weizsäcker — „auf deutschem Boden einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute. Ein dichtes soziales Netz, das den Vergleich mit keiner anderen Gesellschaft zu scheuen braucht,

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

sichert die Lebensgrundlage der Menschen.“

Meine Damen und Herren, dies ist formuliert bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland. Es ist gleichzeitig ein Anspruch, dem wir verpflichtet sind, alle gemeinsam, aber es ist eine Aussage, die sich von Ihren Bemerkungen und Ihrer Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland fundamental unterscheidet.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Großer Vereinfacher!)

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen! Ich kann das nur cursorisch machen, weil wir hier nicht vorgesehen haben, zumindest die größeren Fraktionen, lange vorgeschriebene Manuskripte zu verlesen.

Ich spreche das Thema Heimatvertriebene an! Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß die Äußerungen, die zwei- oder dreimal in einer Zeitung, bei der mir immer noch nicht klar ist, wer sie nun eigentlich verantwortet, zu lesen waren, zu verurteilen sind.

(A) Wer mich kennt, weiß dies. Ich meine jetzt diese Schlesierzeitung, ich kenne den Titel der Zeitung nicht einmal genau.

Meine Damen und Herren, die Frage, wie man die Heimatvertriebenen, zu denen ich mich und meine Familie im übrigen auch zähle, in unserer Gesellschaft behandelt, wo man sie einordnet, ist eine ganz andere Frage. Die Frage ist, wenn, wie jetzt im Deutschen Fernsehen zu sehen war, Hunderttausende aus dem ehemaligen Sudetenland zusammenkommen,

(Zuruf des Abg. Stiering (SPD))

demnächst aus dem schlesischen Bereich — —.

Das zeigt Ihre Dummlichkeit, wenn Sie solche Zwischenrufe machen, daß Sie das nicht kapieren!

(Beifall bei der CDU)

Wenn jetzt wieder demnächst Zehntausende, möglicherweise Hunderttausende ehemaliger Schlesier, also Leute, die in Schlesien geboren sind, zusammenkommen, dann, finde ich, ist es auch unsere Aufgabe, uns mit diesen Vertriebenen zu befassen, mit Ihnen zu diskutieren und uns ihnen zu stellen.

Es gibt unterschiedliche Meinungen, auch in meiner Partei, ob es nach den Vorgängen richtig war und ist, daß der Bundeskanzler zu diesem Vertriebenen-treffen, auf dem Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende ehemalige Schlesier sind, geht. Meine persönliche Auffassung ist die, daß es richtig ist, dort hinzugehen, daß es auch richtig ist, auf dieser Veranstaltung den Schlesiern, den vielen Zehntausenden, Hunderttausenden, die genauso denken wie Richard von Weizsäcker, zu sagen, daß wir sie nicht über einen Kamm scheren mit ein paar dummen, chaotischen Leuten, die einen Artikel schreiben, sondern daß die Heimatvertriebenen zu uns gehören und in unserem Staat integriert sind.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich beziehe mich auch wieder auf Richard von Weizsäcker, denn er scheint ja, zumindest bei den Sozialdemokraten, teilweise auch bei Ihnen, unumstritten zu sein, an der Stelle, an der er zu den Heimatvertriebenen das Wort nimmt. Da heißt es bei von Weizsäcker:

„Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel bleiben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden.“ So ist

auch im übrigen der dann folgende Antrag, den wir eingebracht haben, zu sehen.

(C)

Von Weizsäcker fährt fort: „Das ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.“ An anderer Stelle sagt er: „Gewaltverzicht heißt heute, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben.“ Dieser Satz wird von uns voll geteilt. Ich will das in aller Deutlichkeit sagen!

(Beifall bei der CDU)

Von Weizsäcker sagt weiter: „Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.“ Das bedeutet, wir haben die juristische Ebene, die völkerrechtliche Ebene und die Ebene, die das tatsächliche Leben der Völker untereinander, solange dies nicht zu regeln ist, betrifft. Rein juristisch wird mir keiner widersprechen, daß, weil wir eben keinen Friedensvertrag haben, die Fragen der Grenzen juristisch nicht geregelt werden können.

Es gibt unterschiedliche Positionen, die dies unterschiedlich werten. Aber ich glaube, in einem sind sich alle einig, auch alle Vertriebenen: daß erstens kein Interesse, kein Sinn darin zu sehen ist, zum Beispiel heute junge Polen, Familien, die in Danzig und Elbing, aus einem Bereich, aus dem ich herkomme, aufgewachsen sind, nun wieder wegzuschicken. Sie haben dort ihre Heimat gefunden. Meine Heimat war dort, meine Heimat ist jetzt Bremen. Das bedeutet, daß wir diesen Interessenausgleich gegeneinander abwägen müssen, und das meint von Weizsäcker!

(D)

Deshalb muß ich es ablehnen, wenn alle die, die sich dazu geäußert haben, in die Ecke gestellt werden: Nach Möglichkeit sollen die Grenzen revidiert werden. Der Kultussenator ist nicht da, ich würde mich gern mit seinem Brief auseinandersetzen, den er an alle Schulen geschickt hat. Dazu würde ich sagen, er hätte tatsächlich lieber auf die Rede von Herrn von Weizsäcker warten sollen. Sie haben ja auch eine solche Bemerkung gemacht, obwohl das Ergebnis bei uns dasselbe gewesen wäre. Vielleicht habe ich noch die Zeit, darauf einzugehen.

Herr Franke hätte lieber auf die Rede des Herrn von Weizsäcker warten und sie allein verschicken sollen — ich begrüße, daß er es jetzt tut —, als sich selbst auf diesem Gebiet zu versuchen.

Wenn wir viel mehr Zeit hätten, könnte man diesen Brief ziemlich auseinandernehmen. Es gibt einen Punkt, auf den mich mehrere angesprochen haben, insbesondere ältere Leute, ich kann hier selbst meine eigene Familie einbeziehen. In dem Brief, den Horst-Werner Franke an alle bremischen Lehrer mit dem Auftrag verschickt hat, den 8. Mai zu behandeln, geht er auf die Nationalsozialisten ein. Dazu heißt es:

„Gestützt auf ihre Lehre von der Überlegenheit der nordischen Rasse, war die Absicht gewesen, ganze Völker, die öffentlich als minderwertig be-

(A) **Abg. Neumann (CDU):** Ich kenne das Zitat, ich habe es mir auch angestrichen! Sie müssen doch bei diesem Brief sehen, den Herr Franke geschrieben hat, worum es denn geht! Er soll ja eine Funktion haben. Er soll lehrreich wirken für spätere Generationen nach dem Motto: Aufpassen auf die Dinge, falls sie sich irgendwo wiederholen und falls bestimmte Wurzeln da sind, die dies möglicherweise bekunden.

Ich sehe sie, was den größten Teil der Bevölkerung betrifft, heute nicht. Aber wenn dies richtig ist und wenn dies bezogen wird auf die nationalsozialistische Zeit, ist doch gemeint, daß diejenigen, die Deutschen damals, unsere Eltern, unsere Väter und teilweise Großväter, die damals zu dem Volkskörper gehörten, zu Deutschland gehörten, die Deutschland ausmachten, die Möglichkeit gehabt hätten, im Entstehungsprozeß alles zu erkennen, die Grausamkeiten vor auszusehen.

Als dies Ganze lief, Herr Kunick, ich glaube in dem Falle wieder denjenigen, die mir das erzählt haben aus der damaligen Zeit, war es zum größten Teil schon zu spät. Mitte der dreißiger Jahre, Ende der dreißiger Jahre, Anfang des Krieges hatten die Nazis alles im Griff.

Wenn überhaupt eine Chance bestanden hätte alles zu verhindern, hätte man es früher erkennen müssen. Deshalb teile ich das, was von Weizsäcker gesagt hat, daß dieser dunkle Teil der deutschen Geschichte nicht mit dem 1. September 1939 beginnt, sondern daß die Wurzeln dafür gelegt wurden, nein, daß er am 30. Januar 1933 begonnen hat,

(B)

(Beifall bei der CDU)

daß die geschichtlichen Vorläufer und Vorbereiter schon früher wirkten, daß wir eine Weimarer Demokratie hatten, die eben nicht durchdrungen war von der nötigen Zahl der Demokraten in dieser Republik. Dies alles gibt zu denken, und deswegen meine ich, wäre die Formulierung in diesem Brief besser so nicht geschrieben worden.

Ich darf abschließend, Herr Präsident, der Zeitverlust ist ja durch die Zwischenfrage gekommen, noch eine Bermerkung an den Kollegen Wedemeier machen, der mich, bezogen auf die Teilnahme an einer Demonstration, angesprochen hat.

(Abg. Mützelburg [GRÜNE]: Kundgebung!)

An einer Kundgebung! Daß wir gemeinsam bereit gewesen wären, an anderer Stelle mit anderen Abläufen so etwas durchzuführen, ist bekannt, Herr Kunick, darüber ist ja gesprochen worden. Sie wollten diese Kundgebung mit diesen Beteiligten.

(Abg. Wierk [GRÜNE]: Das waren ja nun einmal die Opfer!)

Erste Aussage: Ich stehe voll auch an dieser Stelle zu der Aussage des Bundespräsidenten bezogen auf

die Opfer der Nazizeit. Es gibt keine unterschiedlichen Opfer, ob Kommunisten, ob andere, ob Homosexuelle, ob normale Bürger, Juden, jedes Opfer, daß durch die Nationalsozialisten umgekommen ist, ist gleichermaßen schlimm und zu verurteilen. Ich mache da also überhaupt keinen Unterschied.

(C)

(Abg. Griesche [SPD]: Rein sprachlich sollten Sie einmal nachdenken, was Sie sagen!)

Ja, Sie wollen gern etwas hören, was ich sage! Ich sage das, was ich denke, und dann müssen Sie mich fragen, ob Sie das richtig verstanden haben!

(Abg. Griesche [SPD]: Unglaublich ist das! — Abg. Klein [CDU]: Das ist der Unterschied zwischen Schlesien und Albanien! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Neumann!

Abg. Neumann (CDU): Gut, wenn Sie mich da mißverstehen wollen, korrigiere ich mich. Herr Präsident, wie wir dieses Thema debattieren, zeigt, daß viele, weil sie vieles selbst nicht bewältigt haben, gar nicht in der Lage sind, ruhig zuzuhören,

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Wir sind ganz ruhig!)

(D)

den anderen ausreden zu lassen, sondern durch Zwischenrufe zu unterbrechen.

(Beifall bei der CDU)

Damit ich nicht mißverstanden werde, wiederhole ich, was ich gemeint habe — ich weiß jetzt, worauf Sie hinauswollen —, damit das nicht mit Unterstellungen weiterläuft. Ich habe normale Bürger gesagt, die die Mehrheit sind, im Gegensatz zu Minderheiten. Ich wollte damit sagen, ob Homosexuelle, also Minderheiten, ob normale Bürger, also Leute, die nicht zu den Minderheiten, sondern zu den Mehrheiten gehören, ob es Juden sind, ob es Ausländer sind, ob es Kommunisten oder politisch Andersdenkende waren — akzeptieren Sie es nun? —, für uns ist jedes Opfer gleich schlimm. Erste Aussage!

Zweite Aussage: Etwas anderes ist es, wenn ich auf einer politischen Veranstaltung, nachdem dies alles nun geschehen ist, darüber nachdenke, welche Konsequenzen ich für die Zukunft zu ziehen habe, welche Lehren ich zu ziehen habe, denn diese ganzen Veranstaltungen anläßlich des 8. Mai waren ja nicht nur Veranstaltungen der Trauer. Herr Mützelburg hat ja gerade gesagt — in dem Punkte sind wir beide sogar einer Meinung —, das muß Konsequenzen haben, man muß nachdenken, was läuft möglicherweise in ähnliche Richtungen, wo muß man sich einschalten. Das ist doch der Hauptpunkt solcher Veranstaltungen.

(A) zeichnet worden waren, zu unterjochen, sie sogar planmäßig auszurotten. Die planmäßige Ermordung Millionen europäischer Juden ist ein Teil der deutschen Kriegsführung gewesen.“

Daß das so war, ist aus unserer heutigen Sicht unbestritten, aber dann heißt es weiter bei Herrn Franke: „Denken und Handeln, bezogen auf die Nationalsozialisten, sind in Deutschland während jener Zeit für jedermann erkennbar gewesen.“

(Zuruf von der SPD: Stimmt ja auch!)

Meine Damen und Herren, für jedermann erkennbar gewesen?

(Zuruf des Abg. Aulfes [SPD])

Meine Damen und Herren, lassen Sie doch! Sie brauchen sich doch nicht aufzuregen! Ich will nur meine Meinung dazu vortragen und kann Ihnen sagen, daß viele, mit denen ich gesprochen habe, ich sage dies auch deshalb, weil ich Briefe dazu bekommen habe, dies nicht akzeptieren. Ich kann zum Beispiel meinen Vater nehmen, den ich damit konfrontiert habe, der mir sagte, diese Vorträge, dieses Ausmaß, diese schrecklichen Dinge seien — —.

(Abg. Willers [GRÜNE]: Ab wann ist es denn schlimm?)

(B) Mensch, Sie sind doch gar kein Lehrer, also brauchen Sie mir doch nicht dauernd ins Wort zu fallen, Herr Willers! Diese Verrohung, diese Brutalität einschließlich der totalen Kriegsführung, zumindest im Anfangsstadium, in den dreißiger Jahren, sei, so sagen Ihnen viele, nicht erkennbar gewesen, zumindest hätten sie dies nicht erkannt.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Das ist aber etwas anderes!)

Ja gut, wenn Sie sagen, etwas anderes ist gemeint gewesen! Wenn man sich die gesamte Literatur genommen hätte, wenn man, wie das leider heute auch viel zu wenige tun, sich mit der Geschichte und allem befaßt hätte, wenn man „Mein Kampf“ gelesen hätte und das dann noch, was die Ernsthaftigkeit betrifft, geglaubt hätte, daß das so käme, dann hat Senator Franke recht.

Ich führe dies deshalb an, Herr Kollege Stichweh, weil es problematisch ist, wenn man das so allgemein abhandelt. Ich könnte jetzt auch wieder von Weizsäcker zitieren, wenn Sie das wollen, er sagt Ähnliches, und zwar, daß viele das so nicht erkannt haben und deshalb anschließend betroffen waren.

(Abg. Frau Bernbacher [GRÜNE]: Weil sie nicht erkennen wollten, Herr Neumann!
— Abg. Klein [CDU]: Ach, Unsinn!)

Nun gut, ich sage dies deshalb, weil man bei solchen Formulierungen vorsichtig sein muß, das ist doch nur der Grund!

(C) Ich bestreite doch gar nicht, Herr Senator Franke, den dargestellten Sachverhalt, was die Nazis angeht, sondern ich teile hier mit, daß viele Leute aus der Generation, die mit diesem Sachverhalt konfrontiert wurden, vielleicht haben sie auch nicht das Ausmaß gemeint — bezogen auf die Aussage, für jeden war es ungefähr klar, daß das so kommen mußte —, mir gesagt haben, so sei das falsch, so sei es ihnen nicht klar gewesen!

Ich kann auch den Bundespräsidenten zitieren, wenn Sie es wollen, der sich ähnlich ausdrückt und dem ich überhaupt nicht widerspreche, wenn er am Anfang seiner Rede sagt: „Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden.“ Das führt er aus! „Und nun sollte sich herausstellen im Laufe des Krieges und nachher, das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient.“

(Abg. Kunick [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Einen Moment, ich möchte dies zu Ende ausführen! An einer anderen Stelle heißt es: „Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurde es abgeschirmt. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen.“

(D) Das teile ich voll, und das war damit gemeint! Wenn man jetzt, so kurz wenigstens, den Vertretern dieser Generation sagt, alles wußtet ihr, es war für euch alle erkennbar, und ihr habt es nicht erkannt, dann schafft man bei dieser Generation sozusagen eine Klappe, ein Visier, ein Aufbäumen, und die Betroffenen sagen, so war es nicht. Deswegen halte ich es für klug, bei solchen Aussagen zu differenzieren, so wie Richard von Weizsäcker formuliert hat!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Neumann, sind sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen? Andererseits ist auch Ihre Redezeit abgelaufen!

Abg. Neumann (CDU): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Kunick!

Abg. Kunick (SPD): Darf ich Ihnen, Herr Kollege Neumann, mit einem Zitat aus der Rede des Bundespräsidenten helfen? Es lautet: „Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, den unaufhörlichen Schändungen der menschlichen Würde? Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten.“

(A) Jetzt kommt unsere unterschiedliche Meinung! Ich halte diejenigen, und das hat jetzt mit den Opfern nichts zu tun, die sich auch heute, nach dem, was wir alles erlebt haben, nicht nur mit Nazis, sondern auch mit Diktaturen, die sich auch heute erneut zu einem System bekennen, das in vielen Dingen vergleichbar ist in der Brutalität gegenüber Andersdenkenden, in der Härte gegenüber politischen Minderheiten, ja in vielen Dingen, nämlich die kommunistischen Staaten, insbesondere auch die Sowjetunion und die DDR, für nicht glaubwürdig, welche Erfahrungen sie auch immer gemacht haben. Ich halte sie für nicht glaubwürdig, mit mir an einem solchen Tag Seite an Seite zu stehen, mit jemandem, der sich voll zur Demokratie, zur Freiheit und zur Menschenwürde bekennt. Ich kann nicht mit solchen Leuten gemeinsam die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und so tun, als gäbe es da Gemeinsamkeiten.

Deswegen haben wir gesagt — darüber können Sie streiten, Sie sagen, Sie heben da auf die Opfer ab —, mit Leuten, die sich nach wie vor identifizieren mit der DDR, der Sowjetunion und anderen Staaten, die die Freiheit der Menschen und die Menschenwürde mit den Füßen treten, mit denen gibt es keine Gemeinsamkeiten,

(Beifall bei der CDU)

die haben die Lehren aus der Vergangenheit eben nicht gezogen.

(B) Sehen Sie, die pauschale Aussage „Befreiung“ ist ja auch falsch!

(Abg. Willers [GRÜNE]: Sagen Sie einmal etwas zu Herrn Strauß!)

Am 8. Mai 1945 ist ja nur ein Teil des deutschen Volkes befreit worden, nämlich der Teil, in dem wir leben. Wir sind von den Nationalsozialisten und der nationalsozialistischen Barbarei befreit worden, aber ein Drittel Deutschlands, die Bürger in der DDR, sind von einer Diktatur, von der braunen, in die rote Diktatur gekommen, und diejenigen, ob sie das jetzt hören wollen oder nicht, die heute noch an solchen Gedenktagen, welche Vergangenheit auch immer sie gehabt haben, auf dieses System hinweisen, sich mit diesem System identifizieren, sind für mich keine glaubwürdigen Zeugen für die Zukunft unserer Demokratie!

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war der Meinung, und ich darf das wohl auch für den Senat sagen, daß nach der Erklärung des Herrn Bundespräsidenten am 8. Mai 1985 wirklich der Versuch einer richtigen Standortbestimmung zum 8. Mai

1945 möglich wurde, hinter der wir uns, soweit wir guten Willens sind, alle versammeln konnten. (C)

In der umfassenden Darstellung der geschichtlichen Verantwortung, der Verpflichtung, der Not und des Leidens, des Schreckens und des Terrors auf der einen Seite, wie in der Perspektive, aus der Geschichte zu lernen und neue Antworten zu finden, gab es, wie ich meine, nichts Besseres, weil der Bundespräsident es vermieden hat, parteiisch Position zu beziehen, sondern versucht hat, Antworten zu geben, die zu einem wesentlichen Teil, aber nicht allein im Ablauf der deutschen Geschichte und im Verhalten der Menschen in unserer Nation begründet waren.

Doch wenn ich mir hier anhören muß, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß dieses Parlament heute angeblich zum ersten Mal über die Probleme des 8. Mai, die Konsequenzen der Kapitulation diskutiert und daß man früher hier nur große Reden sich anhören mußte, beispielsweise des Parlamentspräsidenten Kaisen — denn die von Herrn Wedemeier zitierte Rede war die Rede des Parlamentspräsidenten Kaisen damals —, dann sage ich: So war es nicht! Dieses Parlament, die Bremische Bürgerschaft hat sich sehr gründlich mit der Bremer Landesverfassung beschäftigt, hat sich sehr gründlich beschäftigt mit der Präambel, in der genau die damalige zeitkritische Auseinandersetzung mit der Geschichte verbunden ist. Lesen Sie bitte nach, was da geschrieben steht!

„Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Mißachtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen in der jahrhundertealten Freien Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.“ (D)

Dies war die Antwort, und darüber wurde diskutiert. Es wurde auch gerungen, es wurde nicht hingegenommen. Die Präambel ist nicht vom Himmel gefallen. Sie war kein Ergebnis von Beamtenarbeit, sondern sie war ein Ergebnis eines dialektischen Prozesses unterschiedlicher und dann gemeinsamer Meinung der damaligen Abgeordneten, die zu einem großen Teil aus der unmittelbaren Verfolgung kommend, am stärksten wußten, um was es ging.

Sie haben es nach meiner Auffassung noch deutlicher im Artikel 26 im Abschnitt Erziehung und Bildung zum Ausdruck gebracht, in dem genau die Wirkungen einer falschen Geschichtsbetrachtung, einer falschen Erziehung und eines Nationalismus abgewehrt werden, indem sie dort die Aufgaben der Erziehung der jungen Generation festschreiben.

Ich bin vor dreißig Jahren in dieses Parlament gewählt worden und habe als Abgeordneter in den acht Jahren, in denen ich im Parlament wirken durfte, an einigen Debatten teilgenommen. Ich habe einige kritische Auseinandersetzungen gehabt damals in der

(A) Großen Koalition mit Koalitionspartnern, aber mehr noch mit denen, die nicht zur Koalition gehörten. Als ich anfang, waren hier im Parlament noch gewählte Kommunisten, die waren damals noch zugelassen. Auf der rechten Seite saß als Opposition die Deutsche Partei. Es war die SRP da und später auch einmal die NPD.

(Abg. M ü t z e l b u r g [GRÜNE]: Die SRP haben Sie nicht mehr erlebt!)

Nein, die SRP habe ich nicht mehr erlebt, die war gerade vorher verboten worden. Die habe ich nur draußen erlebt, aber nicht im Parlament!

Wir haben uns auseinandergesetzt, wir, die Abgeordneten genauso wie Mitglieder des Senats, auch mit Überzeichnungen auf der einen oder anderen Seite, und möglicherweise haben auch wir in der Auseinandersetzung überzeichnet. Aber daß in diesen ganzen Jahren geschwiegen worden wäre, daß es nie eine Auseinandersetzung mit diesem Thema gegeben hätte, stimmt nicht. Ja, der 8. Mai war nicht täglich präsent, denn das war nicht die Frage! Übrigens für Bremen müßten Sie ja dann vom April reden.

(Abg. Frau L e i n e m a n n [SPD]: Ja!)

Ich meine das nur geschichtlich!

(B) (Abg. N e u m a n n [CDU]: Das habt ihr verschlafen!)

Die zweite Frage ist, ja, wir wußten, was in diesem Lande damals vorging zwischen 1933 und 1945! Schon der erste Boykott jüdischer Geschäfte hätte normale Bürger, um den Begriff im positiven Sinn aufzugreifen, Herr Neumann —

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Habe ich so gemeint!)

ja, ich habe es auch so verstanden! Ich sagte mir, ich greife es einmal auf, damit er einmal nicht in die Verdächtigungen hineingerät! —, hätte jeden normalen, einfachen und klaren Bürger erkennen lassen können, hier ist Unrecht im Werden.

Dies hätte man auch erkennen können, wenn man damals sah, wie zuerst die Kommunisten und dann die Sozialdemokraten verfolgt worden sind in den Jahren 1933 und 1934 — auch mein Vater wurde ab 1. Februar 1933 gesucht —, obwohl wir dennoch sagen müssen, daß manches von dem, was da geschah, nicht mit dem Unrechtsbewußtsein von heute gesehen wurde, sondern mehr aus einer Art der Abrechnung, die mit dem politischen Gegner erfolgte, zu dem man sowieso etwas skeptisch und mißtrauisch war.

Aber dann kam der 30. Juni 1934, wo zum ersten Mal jemand das Recht in die Hand nahm, eigene Schergen umbringen ließ, aber auch Reichswehrgeneräle, überzeugte Zentrumspolitiker. Jeder, der

damals rechtlich fühlen konnte, hätte wissen müssen, daß das Recht von dem Tage an dispensiert war, weil von dann an der Führer oberster Richter und Rechtsgeber war. (C)

Die nationale Komponente im deutschen Volk hätte in der Affäre mit Fritsch erfahren müssen, mit wieviel Unrechtsbewußtsein in diesem Staat gelebt wurde, und mindestens die Christen hätten beim Brennen der Gotteshäuser am 8./9. November 1938 wissen müssen, daß dieser Staat kein Rechtsstaat war,

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Richtig!)

daß Unmenschliches, daß Unverantwortliches geschieht.

Aber dennoch sage ich auch ganz zum Schluß, weil ich aus einer Familie komme, die etwas mehr hinter den Mauern des Naziregimes und ihrer Einrichtungen erfahren hat: Ich wußte bis zum 3. Mai 1945 nicht, wie groß die Schrecken waren. Ich wußte nicht das Entsetzliche, was da im deutschen Namen geschehen ist. Sogar Kriegsgefangene sind über Bergen-Belsen nach Brüssel gebracht worden. Dies war unvorstellbar. Ich sage das als jemand, der die ganzen anderen Phasen mitgemacht hat.

Ich sage, wer aufmerksam Zeitgenosse, nur Zeitgenossen war, hätte nach 1933 Unrecht spüren müssen, hätte erleben müssen, wie mit dem Gewissen und den Glaubensbedingungen der Bürger umgegangen worden ist, hätte erleben müssen, was kranken Menschen widerfahren ist oder wie Außenseiter, wie es damals hieß, der Gesellschaft behandelt worden sind. Es gibt keinen Grund zu sagen, wir haben nichts gewußt. Aber es gibt auch keinen Grund zu sagen, wir haben alles gewußt. Dies muß man einfach differenziert beurteilen. (D)

(Abg. N e u m a n n [CDU]: So ist es! —
Abg. Frau B e r n b a c h e r [GRÜNE]: Das ist auch nicht gesagt worden!)

Ich sage nicht, daß es gesagt worden ist, ich versuche, deutlich zu machen, wo die Probleme in diesen Tagen liegen!

Ich glaube, Herr Mützelburg hatte recht in einer Frage, wenn er warnt, daß es wieder einen neuen Ungeist gibt, oder wenn andere sagen, es war immer der Ungeist in bestimmten Positionen vorhanden, nicht als Massenungeist, sondern individueller. Es gibt diese Position, daß verwirrte Menschen aus nationalistischer Verblendung wieder zu den Mitteln der faschistischen Methoden greifen. Sie sprachen von dem jungen Mann, der gestern geschossen hat mit der schrecklichen Todesfolge. Sie zeigen darauf, daß in bestimmten Formen von Fan-Bewegung heute im Fußballstadion, aber früher auch einmal bei den Rolling Stones und anderen Massenhysterie und Massenwahnsinn mit schrecklichen Folgen vorhanden sind. Ich erinnere dabei allerdings auch noch an ein oder zwei Polizeibeamte, die im Graben bei

(A) man mit aller Entschiedenheit gegen das antritt, was da in der Zeitung „Der Schlesier“ steht und was gelegentlich Czaja und Hupka von sich geben. Dies ist nicht die demokratische Position, die Friedensposition.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, was der Bundeskanzler auf dem Schlesiertreffen sagen wird. Wenn er etwas sagen wird, was in Richtung von Weizsäcker geht, kann das sehr hilfreich sein. Es hat keinen Zweck zu spekulieren, seine Rede steht bevor. Mich interessiert, ob wir auch darin wieder die Gemeinsamkeiten des 8. Mai wiederfinden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Neumann, lassen Sie mich vielleicht auf einen Umstand hinweisen, der ein sehr früher Beleg dafür ist, daß die Nationalsozialisten nicht erst, als sie die Macht besaßen, ihr Gesicht für jedermann erkennbar enthüllten, sondern daß die Nazis sich sehr früh in all ihrer Brutalität enthüllten, daß also erkennbar war, was nationalsozialistische Gewaltherrschaft bedeuten mußte.

(B) Es gibt ein kleines oberschlesisches Dörfchen Potempa, das in der Weimarer Republik zu einer traurigen Berühmtheit gekommen ist, das ist heute vergessen. Im Jahr 1932 drang ein SA-Trupp in die Wohnung eines Kommunisten ein, holte ihn aus dem Bett und trampelte ihn vor den Augen seiner Mutter viehisch zu Tode. Der Polizeibericht über den Zustand der Leiche ist der Bericht über eine Bestialität. Dies war in der Weimarer Republik! Die Täter sind damals 1932 vor Gericht gestellt und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Der eigentliche Enthüllungsumstand kam nach der Verurteilung, weil Adolf Hitler den Tätern, den Bestien von Potempa ein Solidaritätstelegramm ins Zuchthaus sandte, ihre Tat pries und ihre Befreiung nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Telegramm versprach. Das hat damals in der liberalen Presse der Weimarer Republik, die eine beträchtliche gewesen ist, einen riesigen Entsetzungsschrei ausgelöst, wie der Führer einer Partei Mördern seine Solidarität erklären kann und ihre Befreiung als sein politisches Ziel proklamiert. Das wurde in der gesamten liberalen Presse der Weimarer Republik sozusagen als Schlagzeile der Mord von Potempa und das Hitler-Telegramm abgehandelt. Ich will jetzt nicht die Kette der öffentlichen Enthüllungen fortsetzen. Ich wollte nur mit diesem Beispiel von 1932 auf einen Umstand hinweisen, der die Erkennbarkeit der Brutalität belegt.

Aber ich will eines hinzufügen, Herr Neumann: Wenn ich diese Aufklärung und das Hinweisen auf

die Erkennbarkeit von unseren Lehrern im Unterricht fordere, dann sage ich damit nicht, daß gleichzeitig die Erwachsenengeneration von damals zu verurteilen und abzustempeln ist, denn, das will ich ganz deutlich sagen, ich nehme das für mich als Last in Anspruch und wahrscheinlich wir alle, ich bin 1932 geboren und war also am Kriegsende 13 Jahre alt. Ich kann nicht dafür geradestehen, was ich gedacht, getan, gesagt hätte, wenn ich nicht 1932, sondern 1922 geboren wäre. Meine Nichtbelastung ist ein Resultat meines Geburtsdatums, für mehr kann ich nicht gutsagen, können wir alle nicht gutsagen.

Um so wichtiger aber ist es, daß wir die Tatsache, daß zu Lebzeiten einer anderen Erwachsenengeneration Dinge erkennbar waren und nicht erkannt worden sind, in das Bewußtsein der heute lebenden jungen Generation hineinheben.

(Beifall bei der SPD)

Darauf kommt es doch an, und wenn der Brecht in einem berühmten Zitat sagt: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“, so ist es in der Tat so. Die Nationalsozialisten ziehen heute nicht mit der SA-Uniform und mit der Hakenkreuzflagge, obwohl es Minderheiten gibt, die das gern kopieren würden, aber die eigentliche Gefahr, meine Damen und Herren, und insofern ist die Diskussion oft eine schiefe, sind nach meiner Einschätzung nicht die Fußballschläger mit dem Hakenkreuz, weil die wahrscheinlich kaum wissen, was Nationalsozialismus ist, die hängen sich in irgendein Tabu hinein, um gesellschaftlich auffallen zu können und ihre Brutalität zu kaschieren. Die eigentliche Gefahr in unserem Staat kommt von denen, die nicht mehr über die Vergangenheit in unseren Schulen Aufklärung wissen wollen, dort liegt die Gefahr.

Nun würde ich gern einmal wissen, meine Damen und Herren, was in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland am 8. Mai 1985 in den Klassenzimmern gesagt worden ist. Ich finde, wir sollten hier in Bremen nicht mit den Fingern zeigen, sondern sollten froh sein, daß Bremen hier keineswegs der Typ von allen in der Bundesrepublik ist. Ich würde behaupten, und lassen Sie mich das ganz stolz und meinestwegen provokant sagen, daß dort, wo Sozialdemokraten in der Schulverantwortung stehen, der 8. Mai in besonderer Weise auch zu einem Anlaß genommen worden ist. Darauf bin ich stolz!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. Mützelburg (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben, auch gerade nach den Ausführungen von Bürgermeister Koschnick, keinen Anlaß, uns von der Rede des Bundespräsidenten im Deutschen Bundestag zu distanzieren. Sicherlich ist es eine Rede, die vielerlei Interpretationsmöglichkeiten Tür und Tor offenhält, und mancher

(C)

(D)

(A) Brokdorf lagen, wo man mit Knüppeln auf sie eingeschlagen hat,

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Jawohl!)

wie ich meine auch im Massenwahn und in Hysterie.

Ich sage, diesem Teil des vielleicht vorhandenen Bösen oder Unbegreifbaren im Menschen sollten wir gemeinsam versuchen zu begegnen, ihn bekämpfen in der Erziehung, in der Familie, in der Schule, auch in unserem gesellschaftlichen Tun.

(Abg. K l e i n [CDU]: 6. Mai!)

Ja, auch Teile des 6. Mai sind da bei mir eingeschlossen! Wir sollten es gemeinsam bekämpfen und versuchen, daß wir jeweils unseren eigenen Beitrag leisten, damit nicht Gewalt überhand gewinnt beim einzelnen und auch nicht überhand gewinnt bei denen, die für die gesellschaftliche Ordnung berufen sind, Gewalt unangemessen anzuwenden.

Insofern kann der 8. Mai nur ein Tag der Besinnung und der Trauer sein und vielleicht, lieber Herr Neumann, Antwort zu den Kommunisten. Wenn Sie zu Recht sagen, im Opfer sind alle gleich, dann muß man auch mit allen, die ihre Knochen hingehalten haben, die ihre Gesundheit geopfert haben, die ihre physische und psychische Existenz aufs Spiel gesetzt haben, um gegen Hitler und seine Barbarei zu widerstehen, gemeinsam der Opfer gedenken müssen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Was die Zukunft anbelangt, das sage ich Ihnen allerdings auch, setze ich meine Akzente, meinen Weg für Freiheit, für demokratische Entwicklung, für Rechtsentwicklungen. Ich habe nicht vergessen, daß eine große Zahl meiner Freunde nach 1945 wieder in die KZ eingesperrt worden sind, aus denen sie gerade vorher befreit worden waren, weil sie Sozialdemokraten waren.

(Abg. K l e i n [CDU]: Fürwahr!)

Aber es hat nichts damit zu tun, daß ich der Opfer nicht gedenke, nicht weiß, wer die größten Blutopfer getragen hat zwischen 1933 und 1945!

Es wäre gut gewesen, wenn Demokraten gerade auch dann mit dem Blick in die Zukunft deutlich machten, daß wir einen anderen Weg gehen wollen, der nicht totalitäre Macht, der nicht Diktatur heißt. Allerdings bin ich gegen Diktatur in der ganzen Welt, gleich unter welchem Zeichen.

(Abg. Frau B e r n b a c h e r [GRÜNE]: Auch Afrika!)

Auch dort! In Amerika, in Lateinamerika, in Afrika, in Asien gibt es Dinge, die ich nicht mittrage.

(Abg. K l e i n [CDU]: Nicaragua!)

Ja! Es gibt Verletzung von Menschenrechten in diesen Teilen der Welt, es gibt auch Verletzung von Menschenrechten bei uns. Massenarbeitslosigkeit im kapitalistischen System ist für mich genauso Verletzung von Menschenrechten wie die Frage, unter Umständen wegen politischer Abweichung in eine Irrenanstalt eingesperrt zu werden.

(C)

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN —
Zuruf des Abg. D r . P a w l i k [CDU])

Die Landesverfassung verpflichtet uns, zunächst bei uns anzufangen.

(Zurufe)

Das ist ein Zeichen für die, die nie arbeitslos waren, die nie gesehen haben, was Massenarbeitslosigkeit über Jahre bedeutete!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich kämpfe um Menschenrecht und Menschenwürde hier in diesem Land.

Ich arbeite daran, und wo ich vermute, daß dies eine Verletzung der individuellen Menschenwürde ist, nicht eine gezielte vom Staate, sondern aus den ökonomischen Bedingungen, will ich dagegen angehen und sage, es kämpfe jeder in seinem System, in seiner Gesellschaft für Menschenrecht und Menschenwürde und daß wir Freiheit halten und Frieden untereinander.

(D)

Ich habe nichts dagegen, daß sich Vertriebene versammeln, um ihrer Heimat zu gedenken. Ich habe nichts dagegen, daß sie ihre kulturelle Position bewahren wollen. Ich habe auch nichts dagegen, daß sie menschliche Bindungen erhalten wollen, die über Jahrzehnte gewachsen sind. Ja, ich habe nichts dagegen! Aber ich habe etwas dagegen, wenn man ihnen weismachen will, es gäbe eine friedliche Veränderung von Grenzen in Europa, eine friedliche Veränderung von Positionen, die sich entwickelt haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir Bremer dürfen nicht vergessen, was einmal einvernehmlich Sozialdemokraten, Christdemokraten und Freie Demokraten hier in Bremen gesagt haben, gleich nach 1945 — und Sie, Herr Neumann, haben es für sich so betont —: Dieser von Hitler angefangene Krieg hat schreckliche Verwerfung unter den Menschen gebracht, Veränderungen von Heimatbezügen. Viele haben vieles verloren, von dem sie einmal glaubten, es wäre nicht verlierbar, nämlich Heimat. Die Bitte war damals, bleibt hier in Bremen, schafft euch eine neue Heimat, werdet hier heimisch. Wir haben nicht gesagt, vergeßt das, woher ihr kommt, sondern werdet hier heimisch.

Diese neue Heimatposition muß betont werden, dann kann ich über die andere sehr wohl sprechen und auch Wege finden. Dann wäre es notwendig, daß

(A) benutzt sie auch gern als Steinbruch für seine speziellen Gedankenspielerien. Aber Geist, Sinn und Richtung der Rede, denke ich, bezogen auf den 8. Mai und bezogen auf die Erklärung, wie es zum 8. Mai kommen konnte, sind Gedanken, denen sich die Fraktion der GRUNEN in der Bremischen Bürgerschaft durchaus anschließen kann. Insofern, Herr Wedemeier, besteht hier vollständige Einigkeit zwischen uns.

Ich möchte doch noch auf einen Aspekt hinweisen, der von Ihnen und auch von Herrn Bürgermeister Koschnick angesprochen wurde. Wir verkennen nicht, daß Parlamentarier in diesem Hause, der ernannten und später der ersten gewählten Bremischen Bürgerschaft, unmittelbar nach Kriegsende sich um eine praktische Bewältigung der Folgen, zum Teil auch der Ursachen des Faschismus nicht nur durch die Erarbeitung der Landesverfassung, sondern durch mancherlei Gesetzgebung und auch durch die Entnazifizierung bemüht haben. Wir verkennen auch nicht, daß sie aufgrund ihres eigenen Erlebens, insbesondere soweit sie aus der Sozialdemokratischen Partei und aus der Kommunistischen Partei, aber auch manche aus der CDU, der damaligen CDU, gekommen sind, etliches dazu beigetragen haben, Grundlagen zu legen, daß zumindest verfassungsrechtlich und gesetzlich das sich nicht so leicht wiederholen kann.

(B) Andererseits können wir doch alle auch nicht verkennen, und ich bin in der Zeit großgeworden, Herr Wedemeier und auch Herr Neumann, wir sind ja alle etwa eines Alters, und die meisten, die hier im Hause sitzen, haben den Nationalsozialismus nicht erlebt, daß während unserer Schulzeit, während unserer Jugendzeit dieses Thema weitgehend, wenn auch nicht völlig, ausgeklammert worden ist, nicht behandelt worden ist.

Herr Bürgermeister Koschnick, ich habe mir durchaus die Mühe gemacht, die Protokolle der Bremischen Bürgerschaft zu studieren, in der ja bis zum Jahr 1971 in verschiedener Gestalt mehr oder weniger rechtslastige Parteien und im einzelnen auch Politiker vertreten waren, die ziemlich eng mit dem Nationalsozialismus und dann später mit dem Neonationalismus der NPD verbunden waren. Dieses Haus war nicht in der Lage, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, und zwar aus vielerlei Gründen, in der ersten Generation sicherlich, weil man mit den praktischen Lasten des Wiederaufbaus viel mehr zu tun hatte als vielleicht mit einer ideologischen Auseinandersetzung. Aber auch später war es aus vielerlei Gründen dazu nicht in der Lage, und das war identisch mit dem Prozeß, den wir in den Schulen damals — Herr Senator Franke hat das sicherlich in seiner Zeit als Lehrer auch noch erlebt — vor uns gesehen haben.

Die praktische Auseinandersetzung mit diesen Fragen in den nachwachsenden Generationen, die nun selbst nicht in den Nationalsozialismus verwickelt gewesen sind, ist weitgehend unterblieben. Das ist im parlamentarischen Bereich keine Bremer

Besonderheit gewesen. Der Bundestag hat da gewisse Ausnahmen gemacht, auf Landesebene ist das in der Regel nicht der Fall gewesen. (C)

Ich finde es gut, daß wir zumindest heute uns mit diesem Thema beschäftigt haben und daß, was wichtiger noch ist, denke ich, auch diejenigen, die jetzt in den Schulen sind, die jetzt diese Auseinandersetzungen erleben, auf die eben auch Herr Bürgermeister Koschnick Bezug genommen hat, in die Auseinandersetzung um die deutsche Vergangenheit einbezogen werden und daß sie in die Lage versetzt werden und selbständig in die Lage kommen, auch die Konsequenzen daraus zu ziehen.

So sehr wir uns also im Geist der Rede des Bundespräsidenten einig sind, ebenso sehr, denken wir doch, ist es über diese überparteiliche, notgedrungen wohl auch überparteiliche Position des Bundespräsidenten hinaus sinnvoll, daß diese Bremische Bürgerschaft das macht, was der Bundespräsident in dieser Form nicht machen konnte oder machen wollte: daß sie doch noch einmal — sicher, es bleibt verbal — die wichtigsten Konsequenzen aus dieser Position erklärt, und das ist mehr als die Absage an Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten. Das ist in der Tat die Notwendigkeit, ich habe es schon einmal gesagt, gegen alle Formen des Militarismus Widerstand zu leisten, gegen die Kriegsverherrlichung aufzutreten, gegen die Unterdrückung, wo auch immer in der Welt — Herr Bürgermeister, da haben wir keinerlei Meinungsverschiedenheiten! —, und insbesondere auch die nachfolgende Generation zu zivilem Ungehorsam, zu Widerstand gegen staatliche und ökonomische Macht und zur Bereitschaft, überall für ihre eigenen Rechte einzutreten, auch zu ermutigen. Deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren, insbesondere von der SPD, unbeschadet der Einigkeit in den grundsätzlichen Aussagen, stimmen Sie den auch von uns so formulierten Konsequenzen zu!

(Beifall bei den GRUNEN) (D)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats und Senator für kirchliche Angelegenheiten: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es kurz! Vorhin ist ein Lapsus linguae von Herrn Neumann aufgenommen worden, der beinahe zu einer Katastrophe werden sollte. Sie, Herr Mützelburg, haben eben gesagt, Sie fordern die junge Generation auf zum Widerstand gegen die staatliche Macht.

Ich muß Ihnen sagen, da ist genau die Grenze zwischen uns beiden. Sie haben nicht gesagt, Sie fordern auf zum Widerstand der jungen Generation gegen die staatliche Macht, wenn die staatliche Macht Menschenwürde und Menschenrechte mißbraucht. Sie haben es generell gesagt. Wenn Sie es nicht zurücknehmen, sind Sie in der gleichen Situation wie Herr Neumann. Ich schlage vor, Sie gehen hier nach vorn und entschuldigen sich!

(A) **Präsident Dr. Klink:** Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf es von hier sagen! Herr Bürgermeister Koschnick, in unserem Antrag wird das geklärt, darin steht: „Alle Menschen, insbesondere die junge Generation zum aufrechten Gang zu ermutigen, zur Bereitschaft, zivilen Ungehorsam und Widerstand gegen staatliche und wirtschaftliche Macht zu praktizieren, wo die Menschenrechte und Menschenwürde gefährdet sind.“

(Bürgermeister **Koschnick**: Diesen letzten Halbsatz haben Sie eben hier nicht gesagt!)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer 11/379 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür GRÜNE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) (Dagegen CDU)

Stimmenthaltungen?

(SPD)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Pflege ostdeutschen Kulturgutes

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. April 1985
(Drucksache 11/375)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bohling.

Abg. Frau **Bohling** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Lassen Sie mich eingangs noch einmal feststellen, ich habe die Absicht, für die CDU-Bürgerschaftsfraktion über die Pflege ostdeutschen Kulturgutes zu sprechen, und zwar unabhängig von der Frage, wie die politische Zukunft des geteilten Deutschlands aussieht.

(Vizepräsident Frau **Knorr** übernimmt den Vorsitz.)

Nach dieser Klarstellung komme ich nun zum Antrag selbst. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion bittet Sie,

folgendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben: „Der Senat wird aufgefordert, einen Tätigkeitsbericht vorzulegen, der darlegt, auf welche Weise er der Verpflichtung der Pflege ostdeutschen Kulturgutes nachgekommen ist, wie sie in Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes vorgeschrieben ist.“ (C)

Ich darf mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsident, den Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes zitieren. „Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung; Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlaßte.“

Dieser gesetzlich verankerte Auftrag an die staatlichen Organe von Bund und Ländern ist um so notwendiger, als es nicht mehr allein Aufgabe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler sein kann, den Anteil deutscher Vertriebungsgebiete an der gesamtdeutschen Kultur zu pflegen und lebendig zu erhalten. Die gesetzliche Verpflichtung erwuchs aus der Erkenntnis, daß die Kulturgüter der deutschen Vertriebungsgebiete als gemeinsamer Bestandteil der deutschen Kultur und des deutschen Geisteslebens von allen Deutschen und nicht nur von den Vertriebenen zu würdigen, zu erhalten und an die nächste Generation weiterzugeben sind. (D)

Deutsche Kultur ist die Summe der vielfältigen historisch gewachsenen und in verschiedenen geografischen beziehungsweise staatlichen Bereichen gepflegten geistigen Werte, als da sind Sprache, Sitte, Brauchtum, Kunst, die in gemeinsamen Ausdrucksformen wirksam werden. Insofern ist die deutsche Kultur als eine Einheit zu verstehen.

Das Kulturgut der Vertriebungsgebiete ist dabei ein untrennbarer Teil der deutschen Gesamtkultur. Die in rund acht Jahrhunderten gewachsenen deutschen Kulturlandschaften in Ostdeutschland, im Sudetenland sowie in Süd- und Osteuropa sind infolgedessen als Erbe und zugleich Auftrag zu bewerten und darzustellen, weil sie ebenso Teil der deutschen Kultur sind wie zum Beispiel die westdeutschen Kulturlandschaften in Franken oder Niedersachsen unter anderen.

Die seit den Ostverträgen in Mode gekommene Neigung, Ostdeutschland aus dem Gedächtnis zu verdrängen, widerspricht der geschichtlichen Wahr-

(A) heit und dem vorher zitierten gesetzlichen Auftrag.

(Beifall bei der CDU — Abg. A u l f e s [SPD]: Völliger Schwachsinn, so etwas zu behaupten! Daß Ostdeutsches aus dem Bewußtsein verdrängt wird, das kann doch kein vernünftiger Mensch begreifen! — Abg. N e u m a n n [CDU]: Ja, Sie sind ja auch kein vernünftiger Mensch! — Glocke)

Vizepräsident Frau Knorr: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bohling!

Abg. Frau **Bohling** (CDU): Sie dürfen herzlich gern, Herr Kollege Aulfes, nachher am Schluß meiner Rede sich mit mir über meinen Schwachsinn unterhalten!

(Beifall bei der CDU)

Jetzt darf ich zunächst meinen roten Faden verfolgen!

Gerade weil die unmittelbare Verbindung und die persönlichen Erlebniskontakte mit den ostdeutschen Kulturlandschaften unterbrochen beziehungsweise erschwert worden sind, entsteht die besondere Aufgabe für die Bürger und die öffentlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, das ostdeutsche Kulturerbe zu wahren und weiterzugeben. Die Darstellung und Wertung der ostdeutschen Kultur als Teil gesamtdeutscher Kultur ist zugleich eine politische Aufgabe, weil dadurch Verständnis und Bewußtsein vom Fortbestehen Deutschlands und der gesamtdeutschen Kultur gefördert wird.

Das Wissen um Geschichte und Kulturtradition ist immer Voraussetzung für eine kreative Antwort auf Probleme unserer Zeit. Es ist wichtig, gerade ostdeutsche Forschung zu betreiben, um aus der Geschichte und der Kultur der Vergangenheit Frieden zu erforschen und Kriege zu verhindern. Auch die vielfältige Brückenfunktion Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn verdient mehr Aufmerksamkeit. Auch die Kulturleistungen der Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 sind zu würdigen, wie zum Beispiel im Sudetenland, in Siebenbürgen, im Banat oder an der Wolga. Besonders sie drohen sonst in Vergessenheit zu geraten.

Die Heimatvertriebenen waren es, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch Eigeninitiative von Privatpersonen wie von landsmannschaftlichen Organisationen mit der Sammlung und Erhaltung deutschen Kulturgutes aus den deutschen Vertreibungsgebieten begannen. In privaten Sammlungen, örtlichen Heimatstuben oder auch überregionalen Einrichtungen werden Kulturdenkmäler deutscher Vertreibungsgebiete aufbewahrt.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Was sind das eigentlich deutsche Vertreibungsgebiete? Wer hat da eigentlich wen vertrieben?)

Wollen wir das bis zum Schluß zurückstellen, oder soll ich jetzt auf den 8. Mai zurückkommen? (C)

(Zuruf des Abg. B e c k m e y e r [SPD] — Glocke)

Sie können doch, nachdem Sie hier den halben Tag über den 8. Mai diskutieren — —.

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Ich frage doch, was deutsche Vertreibungsgebiete sind!)

Ja, ist denn niemand da vertrieben worden?

(Abg. N e u m a n n [CDU]: Wollen Sie das auch bestreiten?)

Wir können ja vielleicht gleich darüber reden, Herr Beckmeyer. Wir reden hier den ganzen Tag — —.

(Glocke)

Vizepräsident Frau Knorr: Liebe Frau Bohling, wir wollen bitte die Dialoge seinlassen.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie haben das Wort! Ich gebe Frau Bohling das Wort!

Abg. Frau **Bohling** (CDU): Also gut!

(Abg. B e c k m e y e r [SPD]: Ich habe eine Frage gestellt!)

Herr Beckmeyer, lassen wir die Dialoge!

(Abg. T e i s e r [CDU]: Herr Beckmeyer, reißen Sie sich einmal zusammen!)

Danke schön, Frau Präsident!

Mit dem Abtreten der Erlebnisgeneration allerdings wächst jedoch die Gefahr, daß dieses weitgehend dezentral gesammelte und gesicherte Kulturgut als Exklusivgut und Exklusivaufgabe mit den Repräsentanten der Vertriebenen für die Nachwelt zumindest teilweise unterzugehen droht. Damit dies nicht geschieht, das Verlorene nämlich, darf das manchmal auf die Bundesrepublik Deutschland verengte Staats- und Volksbewußtsein nicht zum Maßstab für die kulturpolitische Zukunft Deutschlands werden.

Es ist demnach eine politische Aufgabe hohen Ranges, die systematische Erfassung, Sammlung und Weitergabe des Kulturgutes aus allen deutschen Vertreibungsgebieten als allgemeine Aufgabe in dem Bewußtsein der gesamten Öffentlichkeit zu verankern. Nach der deutschen Verfassungsordnung liegt die Kulturhoheit bei den Ländern. Infolgedessen müssen von diesen die ideellen und materiellen Impulse auch bei der Förderung der Kulturarbeit für die deutschen Vertreibungsgebiete ausgehen.

(D)

(A) Die Volksrepublik Polen beispielsweise hat mehr als ein Dutzend Westinstitute zur wissenschaftlichen Erforschung und Aufbereitung Ostdeutschlands eingerichtet. Nicht zuletzt aus dieser Tatsache ist die politische Forderung abzuleiten, daß die wissenschaftliche systematische Aufbereitung der Kulturgeschichte der ostdeutschen Gebiete nicht den mit politisch-ideologischen Vorgaben belasteten, partei-lich-kommunistischen Wissenschaftlern überlassen werden darf, sondern verstärkt von deutschen Wissenschaftseinrichtungen betrieben werden muß.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion könnte sich in der Praxis ein Stück sinnvolle Arbeit in Erfüllung des Paragraphen 96 BVFG wie folgt vorstellen: in den Schulen ab Sekundarbereich I im Unterricht — es gibt überall Beispiele auch dafür —, auf Klassenfahrten, im Schüleraustausch, in Projektwochen und im Schülerwettbewerb — das würde ja in etwa auch dem entgegenkommen, was Herr Senator Franke wohl unter Aufbereitung der deutschen Geschichte versteht —, in der Lehrerbildung und Lehrerfort- und -weiterbildung, in der Jugend- und Erwachsenenbildung, zum Beispiel in der Volkshochschule, über die Landesbildstelle und über die Landeszentrale für politische Bildung, in den Universtitäten, in der Zusammenarbeit auch mit kirchlichen Stellen, durch Veranstaltung von Kolloquien mit Experten aus dem In- und Ausland, über Patenschaften, im Rundfunkrat wie überhaupt in den Medien.

(B) Diese Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig. Selbstverständlich sind Austausch, Erwerb, Erhaltung und Auswertung von Kulturgut sowie Ausstellungen, Konzerte, Literaturabende. Nicht zuletzt müssen die Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen und ähnliche Einrichtungen entsprechende Unterstützung erfahren.

Ich darf noch anmerken, daß es Bundesländer mit eigenen Förderungsrichtlinien und eigenen Landesbeauftragten gibt. Auf eine Koordinierungsstelle allerdings zur Pflege ostdeutschen Kulturgutes könnte wohl auch hier auf die Dauer nicht verzichtet werden.

Zurückkommend auf meine Aufzählung von Möglichkeiten zur Pflege ostdeutschen Kulturguts kann ich als Bremerhavenerin hier positiv anmerken, daß von dem Deutschen Schiffahrtsmuseum jetzt kürzlich ein Eisboot aus dem Stettiner Haff, genauer Oder Haff, wie es bei der Eisfischerei benutzt wurde, im Original von vor 1945 erworben werden konnte. Herr Dr. Ellmers, einer der Direktoren des Deutschen Schiffahrtsmuseums, arbeitet im übrigen sehr gut mit den Polen zusammen. Gegenwärtig wird eine Serie publiziert über Boote im Kaschubischen Bereich. Der erste Teil der Serie ist 1984 als Aufsatz erschienen, der zweite Teil ist in diesen Tagen mit der Post aus Danzig gekommen. Die Serie wird fortgesetzt.

Dem persönlichen Engagement von Herr Dr. Ellmers ist es auch zu verdanken, daß es gelungen ist, zum Thema „Boote zwischen Oder und Elbe“ einen DDR-Wissenschaftler im Rahmen einer internationa-

len Vortragsreihe hierher einzuladen. Mit Unterstützung der Landsmannschaften, die über entsprechendes Fotomaterial verfügen, wäre es anhand von Kopien möglich, die gesamte Schiffahrtsgeschichte Ostpreußens zu dokumentieren.

Weniger erfreulich zu berichten ist allerdings die Tatsache, daß zwar vor mehr als drei Jahren zirka 60 000 DM für die Nachbildung eines Kuren-Kahns zur Verfügung standen, aber leider der betagte Schiffbauer krank wurde, und die Gelder mußten, damit sie nicht verfielen, anderweitig ausgegeben werden. Jetzt hat das Deutsche Schiffahrtsmuseum einen wiederum recht alten Schiffbauer aus Heiligenhafen an der Hand, der eine Nachbildung noch vornehmen könnte. Leider ist dies aber durch die Sparpolitik aus dem eigenen Haushalt nicht mehr darstellbar. Auch der Versuch, über die Landsmannschaften den Betrag zusammenzubringen, scheiterte ebenfalls an den leeren Kassen. Mit diesem Beispiel läßt sich am besten feststellen, daß die Zeit hier gegen uns arbeitet.

Meine Damen, meine Herren, es wurde von mir jetzt nur auf die gesetzliche wie auch politische Verpflichtung zur Pflege ostdeutschen Kulturgutes eingegangen. Lassen Sie mich dennoch, gerade im Hinblick auf den 40. Jahrestag zur Beendigung des Zweiten Weltkriegs und der damit, Herr Beckmeyer, erfolgten Vertreibung Deutscher aus Ostgebieten, erwähnen, daß wir uns hier — und das gilt ganz besonders für den größeren Teil, meine ich, unter uns, der seine Heimat nicht verlassen mußte — auch in einer moralischen Verpflichtung befinden! Wir müssen ständig bemüht sein, uns in die Lage derjenigen zu versetzen, denen unverdient der schlechtere Part zugefallen ist.

Nur einen Besitz hat man diesen Deutschen damals nicht rauben können, ihre kulturellen Eigenarten und Fähigkeiten, das sogenannte unsichtbare Fluchtgepäck. Das Interesse an der Vergangenheit ist wieder da, weil sie nicht in den Ruinen von 1945 verbrannte.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Auch das neue Leben in Westdeutschland schöpfte seine Kraft nicht aus den Trümmern, sondern aus der vielfältigen Geschichte des ganzen deutschen Volkes, beeinflußt von seinem Willen zum Wiederaufbau.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Frau **Bohling** (CDU): Danke! Darf ich den Satz eben noch zu Ende bringen? Heute wird wieder nach Geschichte und Herkunft gefragt. Viele Menschen beschäftigen sich mit der Geschichte ihrer eigenen Familie und entdecken dabei Zusammenhänge, die gesamtdeutsch genannt werden können. Wir alle

(C)

(D)

(A) Danziger Universität gerade in diesen Tagen wieder realisiert sind. Also, die Gesamtheit des Ressorts mit der Fülle der Einzelaufgaben steht auch unter dem Gebot des Paragraphen 96, den wir damit durchaus beachten, nur daß wir eine sehr spezielle Ausweitung von höheren Mitteln heute im Haushalt nicht mehr bereitstellen können und auch gar nicht mehr in diesem Sinne bereitstellen müssen, weil, wie gesagt, das Allgemeine heute auch das Spezielle abdeckt.

Ich glaube, daß ich mit diesem kurzen Überblick Ihnen gezeigt habe, daß wir durchaus in der Tradition des Paragraphen 96 stehen, daß sich die Aufgaben etwas verändert haben, daß die Struktur eine andere geworden ist, aber daß der Senat nach wie vor seiner Verpflichtung hier gerecht wird. — Vielen Dank!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fluß.

Abg. Fluß (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU fordert vom Senat einen Tätigkeitsbericht darüber, wie er der Verpflichtung der Pflege ostdeutschen Kulturgutes nachkommt beziehungsweise nachgekommen ist. Der Senator hat eben hier in seiner Rede diesen Bericht gegeben, und insofern meine ich, hat sich der Antrag erledigt.

(B) Wir werden ihm auch nicht zustimmen, weil wir meinen, dies war für diesen Punkt ausreichend, was der Senat hier dargestellt hat, was gemacht wurde, was man machen kann, und wir sehen auch nicht die politische Notwendigkeit ein, durch Wiedervorlage desselben Berichts, den der Senator eben gegeben hat, noch eine, sage ich einmal, Vertriebenen-debatte quasi als Rahmenprogramm für das Schlesiertreffen zu bieten.

Sicher war dieser Bericht kurz, aber mehr war eben wohl auch nicht zu sagen. Wir hielten es auch für politisch falsch, wenn sich Bremen bei seiner Finanznot und den vielfältigen kulturellen Notwendigkeiten, die wir leider nicht fördern können, auch noch mehr auf dem Sektor der „Vertriebenenkultur“ engagieren würde. Also, auch von den Quantitäten meinen wir, ist das, was bisher gemacht worden ist — —.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Sind Sie sich wirklich im klaren, was Sie eben gesagt haben? Ist das wirklich Ihr Ernst?)

Ja, ich habe das wirklich bewußt in Anführungsstrichen gesagt, denn auf die Rede von Frau Bohling müßte man eigentlich viel mehr sagen, aber ich will ihr nicht zu nahe treten.

(Beifall bei der SPD)

Was da sozusagen wieder als Geist herausschimmerte, man kann zwar die Worte so oder so werten, aber wenn ich dieses ostdeutsche Gemeinsamkeitsgefühl, das hier beschworen worden ist — verdeckt

manchmal mit dem Mantel Kultur —, gehört habe, dann befürchte ich, daß da viele Leute doch ganz andere Gedanken dahinter haben, denn wenn ich Kultur in erster Linie meine, dann ist mir die Kultur Ostpreußens eigentlich regional genauso nah wie die Kultur Hollands, schon vom Räumlichen her und auch von der Landsmannschaft. Dann weiß ich gar nicht, warum ein Eisboot aus Stettin an der Oder für das Schiffahrtsmuseum deswegen so besonders wertvoll sein soll, weil es aus den ehemaligen ostdeutschen Gebieten ist, dann ist ein entsprechendes Boot aus Dänemark oder Holland, wenn es eben gekauft werden kann, für mich kulturell genauso wertvoll und wichtig.

(Abg. Dr. Pawlik [CDU]: Das heißt aber Deutsches Schiffahrtsmuseum!)

Sie haben eine Richtung in die Debatte gebracht über die Kultur der deutschen Ostgebiete, die Sie dann auch noch erweitert haben bis Siebenbürgen und ins Banat, die einen fatalen Touch gerade im Zusammenhang mit vielen Diskussionen, die wir in der Vergangenheit gehört haben, hatte.

(Beifall bei der SPD)

(D) Nun noch etwas zu den Inhalten der bisherigen Förderung! Wir halten es für richtig, daß eine Kulturförderung mehr auf die Integration der Vertriebenen angelegt ist, wie übrigens auch unsere Wirtschaftspolitik ja sehr früh auf die Integration der Vertriebenen angelegt war. Wir halten es also auch für wichtig, daß das im Kulturbereich geschieht und insbesondere, daß bei einer Kulturförderung mehr der Aspekt der Versöhnung mit den Nachbarvölkern betrieben wird, zum Beispiel durch Kulturaustausch mit Danzig, Riga oder allgemein mit Polen und der UdSSR.

Wir hielten es für falsch, daß durch besondere Förderung irgendwelcher Folkloregruppen oder fah-nenschwenkender Trachtengruppen hier noch sozusagen die finanzielle Basis gegründet wird, damit die großen Landsmannschaftstreffen einen emotionalisierten Rahmen von solchen Folkloregruppen und Fah-nenschwenkern haben, um das geistige Gedankengut kalter Krieger, das einfach immer noch in vielen dieser Vertriebenenfunktionäre steckt, zu fördern.

(Beifall bei der SPD)

Und das nach dem, was uns beim Schlesiertreffen bevorsteht, und nach den unwürdigen Auseinandersetzungen um dieses Motto des Schlesiertreffens „Schlesien bleibt unsere Heimat“, das dann abgewandelt worden ist mit dem Zusatz „in einem Europa freier Völker“! Ja, meinen Sie das ernst, „Europa freier Völker“? Dann gilt das auch besonders für die Kultur in Europa, und dann ist die holländische Kultur uns genauso nah wie die von Ostpreußen und begründet nicht den Unterschied durch die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937.

- (A) sind auch moralisch verpflichtet, ihnen die Möglichkeit zu schaffen, ihre Kultur zu erhalten.

Was an Kulturabkommen international gilt, sei es im Organisationskonzept zur Hauptkonferenz in Belgrad zur Vorbereitung des KSZE-Folgetreffens von 1975 bis 1978 oder auf europäischer Ebene, wo so weit gegangen wird, daß sogar nationale Minderheiten und Regionalkulturen berücksichtigt werden, muß auch für ostdeutsches Kulturgut gelten. Wir befassen uns mit den Kurden, Armeniern, Sahauris und mit deren älterer und neuerer Geschichte. Wir müssen uns aber auch mit der gemeinsamen deutschen Geschichte befassen!

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie im Namen der CDU-Bürgerschaftsfraktion um Zustimmung zu diesem Antrag, damit wir auf der Grundlage dieses Berichts gemeinsam überlegen können, ob unser gesetzlicher, politischer und moralischer Auftrag von uns erfüllt wird!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Franke.

Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst Franke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben hier eben von meiner Vorrednerin zitiert gehört den Paragraphen 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes. Wenn Sie den Wortlaut noch in Ihrem Ohr haben, dann werden Sie gegenwärtigen, daß der Text eine klare Abgrenzung von Zuständigkeiten und Maßnahmen nicht präzisiert. Es ist eine allgemeine Aussage.

- (B) Die Bremische Bürgerschaft hat erstmals 1960 einen Betrag von 50 000 DM für die Förderung kultureller Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des Paragraphen 96 bewilligt. Diese Haushaltsmittel sind damals und in den folgenden Jahren verwendet worden für die Unterstützung der landsmannschaftlichen Kulturarbeit im Land Bremen, für die Förderung der in Bremen angesiedelten aus dem ost- und mitteldeutschen Raum stammenden Künstler, für die Beschaffung von Literatur und Filmen und für die Durchführung zentraler Veranstaltungen. Wir haben regionale und überregionale Institutionen aus diesem Fonds unterstützt.

Nun ist aber im Laufe der Zeit doch eine Veränderung der Förderungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten eingetreten, die durchaus in Übereinstimmung mit dem Paragraphen 96 zu sehen sind, weil dieser ja, wie gesagt, recht allgemein die Aufgabe formuliert. So sind zum Beispiel die Künstlerförderungsaufgaben, die Einzelaufgaben, wie zum Beispiel spezielle Kulturgutsicherung, doch in die allgemeine Förderung in unserem Bereich überführt worden. Das heißt also, Künstlerförderung ist in unseren Stipendien- und Förderungssystemen insgesamt aufgegangen. Das heißt, daß Kulturgutsicherung auch in überregionalen Aspekten von uns betrieben wird.

Ich erinnere hier in diesem Zusammenhang an Bremens Zuschuß zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Immerhin, in diese Stiftung, die ja ein durchaus erkleckliches Maß an ostdeutscher Kulturpflege aus der Herkunft der Sammlung betreibt, gibt Bremen fast 350 000 DM jährlich.

(C)

Wir haben zum Beispiel durch die Bezuschussung des Instituts für niederdeutsche Sprache hier in Bremen auch einen deutlichen Förderungsaspekt des mecklenburgischen Platts, das im Sinne des Paragraphen 96 auch zur Kulturgutsicherung Ostdeutschlands zählt, denn nicht nur Gebiete östlich der Oder und Neiße, sondern auch der mitteldeutsche Kulturraum ist vom Paragraphen 96 berührt.

Wir sind also, meine ich, im Augenblick in der Situation, nicht die spezielle gesondert ausgewiesene Förderung als unseren Schwerpunkt anzusehen, sondern jetzt das Allgemeine so zu praktizieren, daß damit auch die speziellen Angelegenheiten berücksichtigt werden. Wir haben dementsprechend natürlich auch eine Mittelveränderung durchgeführt. Die 50 000 DM, von denen ich sprach, waren bis in die siebziger Jahre in diesen Titel eingestellt, seitdem sind wir in Schritten 40 000, 25 000, 14 000 bei der Position von 4 000 DM in diesem speziellen Posten angelangt.

Diese 4 000 DM, und insofern meine Vorrede, damit wir es richtig begreifen, sind nicht jetzt der Etatposten, mit dem wir dem Paragraphen 96 gerecht werden, sondern diese 4 000 DM sind für die sehr speziellen Fördermöglichkeiten sehr konkreter Vorhaben besonders aus dem Bereiche der Verbände. Wir sind in einem sehr viel größeren Zusammenhang nach wie vor fördernd tätig, aber dies eben in Titeln, die den Sachzusammenhang insgesamt sichern.

(D)

Ich glaube, daß dies die richtige Position ist, daß wir keine Etatveränderungen in den kommenden Jahren vornehmen können, sondern die Aufgabe aus den allgemeinen Kulturaufgaben heraus mit abdecken müssen und auch abdecken können.

Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß wir sehr bemüht sind, die Kontakte zur Bevölkerung in den ehemals deutschen Gebieten, zwischen den Heimatvertriebenen und den dort heute Ansässigen, zu fördern. Auch dies scheint mir ein wichtiger politischer Ansatz zu sein, die Aussöhnung und damit durchaus auch die Gemeinsamkeit zwischen Heimatvertriebenen und jetziger Bevölkerung herzustellen. Der Austausch etwa mit Danzig, der auch Mittel erfordert, ist in diesem Sinne auch eine Förderung der Heimatkontakte von ehemals Danzigern. Ich meine also, daß die Mittel, die wir für diesen Bereich aufwenden, sich unter dem Paragraphen 96 eingliedern lassen.

Sie sehen damit, meine Damen und Herren, daß die Aufgabe heute auf die Gesamtheit des Ressorts verteilt ist, Ich könnte hier die vielen Hochschulkontakte aufzählen, die Sie auch in der Presse immer wieder berichtet sehen, Hochschulkontakte, die etwa zwischen der Hochschule Bremen und der

(A) Also, das, was dort im Zusammenhang mit dem Schlesiertreffen gemacht wird und wofür die Kultur auch erhalten muß, das wollen wir politisch jedenfalls nicht unterstützen und fördern. Wenn der von der CDU gestellte Bundeskanzler Kohl dieses unwürdige Schauspiel in der ganzen Zeit mitmacht und sich dann auch noch hergibt, auf diesem Treffen zu sprechen, dann ist das seine Sache. Jedenfalls wir wollen in unserer Politik nicht dazu beitragen, daß solcher, ich sage das deutlich, Kalte-Kriegs-Mentalität eines Herrn Hupka noch Vorschub geleistet wird.

Lassen Sie mich zum Schluß, nachdem ich schon gesagt habe, warum wir Ihren Antrag ablehnen, doch Ihnen noch folgendes anempfehlen: Lesen Sie einmal den Roman von Siegfried Lenz „Heimatismuseum“, es lohnt wirklich! In diesem zugegeben sehr umfangreichen Roman, woraus ich nur einige ganz wenige Sätze aus dem Vorwort zitieren möchte, wird vieles deutlich, was mit dieser Debatte zusammenhängt. Ich zitiere:

„Mit schweren Brandverletzungen liegt der Teppichwirker Zygmund Rogalla im Krankenhaus einer norddeutschen Kreisstadt und versucht, einem jungen Besucher, dem Freund seiner Tochter, die Gründe für eine unfassbare Tat zu erklären. Er hat mit voller Absicht das masurische Heimatmuseum in Brand gesteckt, das er selbst unter großen Opfern in Schleswig-Holstein aufgebaut hat, um das Erbe seiner verlorenen Heimat zu retten. Warum? Schicht um Schicht enthüllt der Erzähler die Motive der Brandstiftung.“

(B) Da ich Ihnen das Ganze nicht vorlesen kann, will ich komprimiert jedenfalls diese Motive hier darlegen. Er hat nämlich die Realität, wie sie sich jetzt darstellt sowohl in Polen als auch hier in der Bundesrepublik, gesehen, und er hat gesehen, welches Schindluder unter dem Deckmantel ostdeutschen Kulturguts von Vertriebenenfunktionären getrieben wird, und hat aus Protest gegen diese Haltung, gegen diese Scheinheiligkeit der Vertriebenenfunktionäre, sein Lebenswerk, nämlich das masurische Heimatmuseum, in dem sehr viel Kulturgut gerettet war, in Brand gesteckt und sich damit praktisch von seinem Lebenswerk getrennt,

(Abg. **W i l h e l m s** [CDU]: Und das halten Sie für richtig?)

um dagegen zu protestieren und zu demonstrieren. Wie das dort beschrieben ist, das sollten Sie sich einmal sehr genau ansehen und auch aufmerksam lesen und sich dann über den Zusammenhang zwischen der Politik mancher Vertriebenenpolitiker

(Abg. **K u d e l l a** [CDU]: Herr Fluß, und das halten Sie für ein positives Beispiel?)

und der vielleicht gutgemeinten Politik zur Erhaltung ostdeutschen Kulturguts Gedanken machen. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Beratung ist geschlossen.

(Abg. **K l e i n** [CDU]: Geistiger Brandstifter!)

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 11/375 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt 12.40 Uhr. Ich verschenke ungern Zeit und würde Ihnen vorschlagen, daß wir vielleicht die Punkte, die ohne Debatte vorgesehen sind, jetzt abhandeln. Es sind die Punkte 14, 15 und 16.

Wären Sie damit einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

(D)

Ich stelle erst einmal Einverständnis fest, daß wir die Punkte vorziehen.

Dann rufe ich zur Abstimmung darüber auf, wer damit einverstanden ist, daß wir jetzt in die Beratung der Punkte 14, 15 und 16 eintreten. Das sind der Petitionsbericht, die Polizeiverordnung und der Bericht der Haushaltslage.

Wer damit einverstanden ist, daß wir diese Punkte jetzt aufrufen, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Dann ist es so beschlossen.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29 vom 13. Mai 1985

(Drucksache 11/382)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden. — Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

(GRÜNE)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

Polzeiverordnung zur Aufhebung der Polizeiverordnung über die Signale zur Anforderung eines Hafenslotsen auf der Reede von Bremerhaven vom 10. Dezember 1984 (BremGBl. 85 S. 13)

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 1985
(Drucksache 11/384)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Polizeiverordnung zur Aufhebung der Polizeiverordnung über die Signale zur Anforderung eines Hafenslotsen auf der Reede von Bremerhaven vom 10. Dezember 1984 Kenntnis.

Bericht über die Haushaltslage nach dem Stand vom 31. Dezember 1984

Mitteilung des Senats vom 14. Mai 1985
(Drucksache 11/385)

(B)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen. (C)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ist es noch möglich, Punkt 17 abzuhandeln? Es handelt sich um den Bericht des Vorstands nach Paragraph 24 Bremisches Abgeordnetengesetz.

(Zurufe: Ja!)

Bericht des Vorstands nach § 24 Bremisches Abgeordnetengesetz vom 17. Mai 1985

(Drucksache 11/387)

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich schließe für heute die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag). Wir kommen morgen um 9.45 Uhr zu einer weiteren Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) zusammen. Heute nachmittag um 14.30 Uhr tagt die Stadtbürgerschaft. Ich wünsche deswegen allen Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven einen guten Heimweg!

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12.46 Uhr)

(D)

